Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Zeitungsträger zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionspreis beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 304. Mittwoch, den 28. Dezember 1904. 15. Jahrgang.

Preußen in Deutschland voran!

In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wird dem 28. Dezember 1904 ein besonderes Blatt eingeräumt werden. Zum ersten Male tritt ein Partei-Parlament zusammen, das aus allen Gegenden des Junkerstaates beschickt wurde, von dem des Reiches Kanzler pomphaft erklärte, daß er „in Deutschland voran“ gehe.

Allerdings geht in der Politik der Bourgeoisie „Preußen in Deutschland voran“ — nach rückwärts! Wo immer von Volksentrechtung die Rede ist, da marschiert sicher das Ideal-land ostelbischer Junkerbegehrlichkeit an der Spitze. Wo einmal in fernen Zeiten geredet wird von dem Schul-Elend inmitten einer gleißenden äußeren „Kultur“, da wird der Name Preußen an erster Stelle genannt werden. Dasselbe Land, das sich Jahrzehnte lang rühmte, daß seine „Schulmeister“ siegreiche Schlachten geschlagen, wird in der Geschichte noch oft genannt werden als eine Stätte traurigster Unkultur, in dem die Jugenderzieher eine gar klägliche Rolle zu spielen genötigt waren.

Und wenn der Forscher in späteren Tagen die Ursachen des Niedergangs weiter Volkskreise studieren sollte, wird sein Blick haften auf dem entsetzlichen Wohnungselend in Preußen, das „in Deutschland voran“ marschierte. Die Mietskasernen der Berliner Ackerstraße werden dem Geschichtsschreiber ein ebenso dunkler Fleck auf dem Schilde des 20. Jahrhunderts sein, als die Landarbeiter-„Wohnungen“ in Ostelbien, von denen sogar hervorragende Personen gemeint haben, daß die Schweineställe besser seien.

„Preußen in Deutschland voran!“ Ein bitterer Hohn liegt in dem stolzen Wort, wenn man die politische, soziale und wirtschaftliche Rechtlosigkeit vieltausender deutscher Arbeiter, insbesondere der Landarbeiter, sich vergegenwärtigt. Kein Recht auf Besserstellung, kein Recht auf Arbeitsverweigerung, kein Recht auf Zusammenschluß. Dafür aber das Recht auf Entbehrung, auf Duldung, auf Hunger und körperliche Züchtigung, das Recht endlich auf das Gefängnis, wenn den behördlichen Anweisungen auf Fortsetzung eines unerträglichen Frondienstes nicht Folge gegeben wird. Und dazu hat noch das Jahr 1904 mit dem Kontraktbruch-Gesetz-Entwurf, der dem preußischen Landtage vorliegt, einen neuen Beitrag gebracht, um die Rechtlosigkeit der Landproletarier zu vollenden.

In der Brust jedes freiheitlich denkenden Menschen krampft es sich schmerzhaft zusammen, wenn man dem Elend, der Willkür und der Rechtlosigkeit gegenübersteht, die unter dem Schein eines „Parlaments“ ausdrücklich gebilligt wurden. Die preußische „Volksvertretung“, die sich auf das Dreiklassenwahl-Unrecht gründet, wird ein leuchtendes Merkmal preußischer Unkultur bleiben, und auch in der fernsten Zukunft der Welt zeigen, wie das Wort Bülows aufzufassen war: „Preußen in Deutschland voran!“

Keine der bürgerlichen Parteien hat ein besonderes Interesse, die Zustände, die dem Feudalismus und dem Kapitalismus geschuldet sind, zu beseitigen. Nur eine Partei macht hier eine Ausnahme: Es ist die Partei des kämpfenden Proletariats, das nichts zu verlieren, wohl aber eine lichtvolle Welt zu gewinnen hat.

Die Sozialdemokratie, deren Anhänger in Preußen nach der Reichstagswahl fast zwei Millionen zählen, hat aller Anlaß, dem preußischen Elend mit Entschiedenheit entgegen zu treten. Was an kulturwidrigen Ueberbleibseln aus der mittelalterlichen Zeit pfäffischer und junkerlicher Alleinherrschaft übrig geblieben, das hindert noch heute das Proletariat an machtvoller Entwickelung. Deshalb erklärt die Partei des arbeitenden Volkes diesen kulturwidrigen Zuständen den Krieg!

Am heutigen Tage beginnen die Delegierten der Sozialdemokratie ihre Beratung über die 4 Punkte, die eine Unsumme von Rückständigkeit einschließen:

1. Der preußische Schulgesetz-Entwurf.
2. Das Wohnungsgesetz.
3. Das Kontraktbruchgesetz.
4. Das preußische Landtagswahlrecht.

So ziemlich die ganze Misère der preußischen politischen Zustände wird in den Beratungen enthüllt werden.

Möge die Stimme der Partei der „Elenden“ weithin vernommen werden in den Kreisen der Proletarier, die heute noch dem Kampfe um Freiheit und Recht fernstehen. Möge aller Welt aufs neue gezeigt werden, daß Bülow unrecht hatte und daß heute das Wort gilt:

Die Sozialdemokratie in Deutschland voran!
Die Sozialdemokratie in Preußen voran!
Die Sozialdemokratie in der Welt voran!

fk.

Der göttliche Zar.

Auf die wiederholt und immer dringender erhobene Forderung der russischen Bevölkerung nach Anteilnahme an der Verwaltung des Reiches, nach einer Verfassung, hat der Zar am Weihnachtsfeste mit einem „Erlaß“ geantwortet, der den „Friedenszaren“ in seiner ganzen unhaltbaren Situation zeigt. Das Manifest, das in der frömmelnden Weise aller Gewaltherrscher geschrieben, hat folgenden Wortlaut:

Nach dem heiligen Vermächtnis unserer gekrönten Vorfahren, unaufhörlich denkend an das Wohl (!) der uns durch Gott anvertrauten Herrschaft, betrachten wir bei **unabänderlicher Wahrung der Unerschütterlichkeit der Reichsgrundgesetze** als Aufgabe der Regierung die unermüdliche Sorge für die Bedürfnisse des Landes, wobei wir alles den Interessen des russischen Volkes tatsächlich Entsprechende unterscheiden von nicht selten irrtümlichen und durch vorübergehende Umstände beeinflußten Richtungen. Wenn ein Bedürfnis von dieser oder jener Aenderung sich als gereift erweist, werden wir es für notwendig halten, an die Durchführung desselben heranzutreten, wenn auch die angeführte Umgestaltung die Einführung wesentlicher Neuerungen in der Gesetzgebung hervorrufen würde. Wir zweifeln nicht, daß die Verwirklichung solcher Unternehmen den Sympathien des wohlgesinnten Teils unserer Untertanen begegnen wird, welcher wirkliches Gedeihen des Vaterlandes sieht in der Unterstützung der staatlichen Ruhe und der ununterbrochenen **Befriedigung des täglichen Bedürfnisses des Volkes.** Indem wir an die Spitze unserer Sorgen die Gedanken stellen über die allerbeste Ordnung des Daseins des die zahlreichsten Mitglieder aufweisenden Standes, des Bauernstandes, bemerken wir, daß gemäß unseren Anweisungen diese Angelegenheit bereits (!) der Beurteilung unterliegt. (?) Gleichzeitig mit einer detaillierten, an Ort und Stelle ausgeführten Durchsicht der anfänglichen Absicht des Ministeriums des Innern finden schon jetzt eingehende Beratungen durch eine ausgewählte Anzahl der erfahrensten Personen der höchsten Verwaltung über die wichtigsten Fragen des Bauernlebens statt, die auf Grund von Kenntnissen und Aeußerungen bei den Untersuchungen allgemeiner Bedürfnisse des landwirtschaftlichen Gewerbes der örtlichen Komitees gewonnen wurden. Wir befehlen, daß durch diese Arbeiten die Gesetze für den Bauernstand mit der allgemeinen Reichsgesetzgebung in Einklang gebracht werden, wodurch die Aufgabe einer dauernden Sicherheit dieses Standes erleichtert wird, dessen Angehörige durch die Verordnung des Zwangbesitzes als vollberechtigte freie Landbürger anerkannt werden. Indem wir hiermit ein weites Gebiet und die fernsten Volksbedürfnisse überblicken, erkennen wir als **unaufschiebbar zur regelrechten Festigung des Staates und des öffentlichen Lebens** an:

1. Daß wirksame Maßnahmen zum Schutze der vollen Kraft des Gesetzes als der wichtigsten **Stütze des Thrones und des autokratischen Reiches** ergriffen werden, damit seine unverletzliche, für alle gleiche Erfüllung für alle uns untergebenen Obrigkeiten und Orte als **erste Pflicht** angesehen wird, deren Nichterfüllung unvermeidlich gesetzliche Verantwortung für jede willkürliche Handlung nach sich ziehen und den durch solche Handlungen geschädigten Personen die Mittel zur Erreichung ihres Rechtsanspruches erleichtern würden.

2. Daß den örtlichen und städtischen Einrichtungen eine möglichst weite (!) Teilnahme in der Verwaltung verschiedener Seiten der örtlichen Wohlfahrt überlassen wird, wozu wir ihnen die notwendige Selbständigkeit in gesetzlichen Grenzen verleihen werden, und daß auf gleichartige Bedingungen zur Tätigkeit in diesen Einrichtungen Vertreter aller Teile der an örtlichen Angelegenheiten interessierten Bevölkerung berufen werden, zur möglichst erfolgreichen Befriedigung der Bedürfnisse derselben. Außer den bisher bestehenden Gouvernements- und Kreis-Semstwos.

Im Vaterhause.

Sozialer Roman von Minna Kautsky.

63] [Nachdruck verboten.]

Man führte den Witwe und die Kinder hinweg.

Im Hof stand Tini's Unnumerierter.

„Steigt zu mir in den Wagen, ich bringe Euch nach Hause,“ sagte Tini zu ihren Freundinnen in herzlicher Nötigung.

Diese schüttelten verneinend den Kopf.

Sie hatten beide dieselbe Empfindung der Scham vor dem falschen, erborgten Schimmer.

„Wir danken Dir, Tini, wir gehen zu Fuß.“

„Ihr könnt Euch kaum auf den Beinen halten.“

Beide lächelten traurig.

„Wir dürfen nicht schwach sein, wir müssen uns aufraffen,“ sagte Gusti.

In der Tat, sie hatten Grund, jede Verweichlichung von sich zu weisen. Ihre arme Mutter ruhte in einem Schachtengrab, sie zählten zu den Aermsten der Armen, sie waren ins Proletariat herabgesunken.

27. Kapitel.

Witte's Töchter mußten sich um einen Verdienst umsehen, um leben zu können. Sie nähten Konfektionshemden, die Arbeit der Armen und Ungeübten, die am schlechtesten bezahlt wurde. Sie nähten vom frühen Morgen bis in die Nacht und verdienten beide zusammen nur fünfzig Kreuzer.

Heute war Gusti schon um drei Uhr aus dem Hause gegangen, Arbeit zu liefern und neue zu holen.

Auch Luise war zum Ausgehen bereit. Hut und Mantel lagen am Bett.

Sie saß an ihrem gewohnten Platz am Fenster, den Kopf in die Hand gestützt.

Die tiefstehende Sonne schien in das Fenster und leuchtete über sie hin. Ihre Glut hauchte einen Schimmer von Farbe auf diese weiße, abgemagerte Hand, die sie über die Augen gelegt, und ließ sie fast durchsichtig erscheinen. Die inneren Flächen der zarten Finger zeigten tiefrote Einschnitte, es waren die blutenden Wunden, welche das rauhe Gewebe, der grobe Zwirn hineingerissen.

Sie zieht ein Kärtchen hervor und liest es noch einmal.

Reich erwartet sie am heutigen Nachmittag.

Es waren vierzehn Tage nach dem Tode der Mutter vergangen, ehe sie die ersten Zeilen von ihm erhalten hatte. Sie enthielten die Bitte, ihn zu besuchen. Sein Herz verlange nach ihr, er sehne sich nach seinem Mädchen.

Ihr erstes Gefühl war Freude. Er liebte sie, er sehnte sich nach ihr. Sie war nicht vergessen, nicht verlassen!

Aber dieser ersten spontanen Empfindung folgten alsbald Tränen der Scham und Verwirrung.

Er lud sie in seine Wohnung, dort erwartete er sie. — Diese Aufforderung regte sie maßlos auf. So unsicher sie in ihrem Urteil noch war, wie verworren in ihren Gefühlen, es schien ihr unmöglich, ihm zu gehorchen.

Sie antwortete rasch mit hastigen Worten:

Sie flehte ihn an, ihre Gefühle zu schonen. Sie sehne sich nach ihm, wie er nach ihr — „aber bitte, suche mich bei den Meinen auf, ich erhoffe, ich erwarte es von Dir, Dein Zartgefühl wird Dir sagen, daß es nicht anders sein kann.“

Es vergingen zwei Tage, er ließ nichts von sich hören. Hatte ihre Bitte ihn beleidigt? Deutete er sie als Mißtrauen? Wieder kam das Fieber über sie, sie verzehrte sich in Ungewißheit und Sorge.

Heute nun hatte ihr Tini das Kärtchen zugesteckt, das sie in der Hand hielt.

Er bat sie darin, ihm zu verzeihen, wenn er ihrem Wunsche derzeit noch nicht entspreche. Sie müsse Geduld haben. Wenn er jetzt sie besuche, welches Aufsehen würde das geben. Er sei leider eine zu bekannte Persönlichkeit. „Soll unsre Liebe profaniert werden — unser süßes Geheimnis in aller Mäuler sein? Du kannst es nicht wünschen; mich revoltiert der bloße Gedanke. Glaube mir, Liebchen, es liegt in unserm beiderseitigen Interesse, dem gemeinen Klatsch und all' den sich daran knüpfenden Konsequenzen aus dem Wege zu gehen. Also raffe Dich auf, mein schüchternes, allzu schüchternes Mädchen, punkt fünf Uhr erwarte ich Dich. Komm'! Meine Arme sind geöffnet, Dich zu empfangen!“

Ihre Augen hafteten auf diesen Zeilen, die sie bereits auswendig wußte. Sie war sehr blaß, blaue Ringe lagen um ihre Augen, ein nervöses Zittern in ihren Gliedern. Wieder ließ sie den schmerzenden Kopf in ihre Hand sinken, sie rang mit sich selbst. Was zauderte sie? Ihr Schicksal war besiegelt . . . sie war sein für alle Zeit . . . sie konnte sich nicht wieder zurücknehmen. Sie sah auf die Uhr — es war Zeit. Sie steckte den Zettel zu sich und erhob sich. Sie warf den Mantel um und griff nach dem Hute. Sie behält ihn in der Hand, ohne aufzusehen . . . So steht sie eine Weile, dann wirft sie Mantel und Hut beiseite.

Wer vermag jene Strömungen und geheimen Einwirkungen zu enträtseln, durch die unsre Handlungen bestimmt werden! Sie bleibt. Sie setzt sich wieder an's Fenster und verhüllt ihr Gesicht. Die Sonne ist untergegangen, graue Dämmerung breitet sich in dem schweigenden Raum immer mehr aus. Bald ist es völlige Nacht.

Jetzt wird die Tür von außen aufgesperrt.

„Noch kein Licht angezündet,“ ruft die eintretende Gusti. Man hörte sie in der Küche herumhantieren, gleich darauf betrat sie, die brennende Lampe in der Hand, die Stube.

„Ich war zu müde.“

„Die Luft war milde, sie hätte Dir gut getan.“

Ihre Stimme klang wieder lieblich und hell, wie ehemals.

„Hast Du Brot gebracht?“ fragte Luise schüchtern.

Gusti bejahte: „Du armer Kerl, bist gewiß schon recht hungrig — ich auch . . . Ich hab' alles gebracht, was wir brauchen.“ Und der Schwester zulächelnd, legte sie das längliche Brot auf den Tisch, stellte frische Butter in einem Schälchen daneben und frisches Wasser.

Sie setzten sich zu dem kargen Mahl und begannen zu essen, hastig und unaufhörlich. Und immer noch ein Stück und noch eines wurde heruntergeschnitten.

Gusti schien es besonders zu schmecken. Vorsorglich hatte sie schon vorher ein großes Stück für den Vater nebst zwei Eiern beiseite gelegt. Sie sah in das Schälchen, die Butter darin langte knapp für die Eierspeise, die sie ihm machen wollte; sie durften nichts mehr nehmen.

„Hast Du Arbeit gebracht? Wir müssen noch fleißig sein,“ sagte Luise.

Gusti schüttelte den Kopf. „Ich hab' keine bekommen.“

„Nicht? Um Gottes willen, warum denn nicht?“

„Weil —“ Gusti stockte, dann aufseufzend: „Ich hab' dem Chef eine Ohrfeige gegeben.“

„Gusti!“

„Es war eine Dummheit, ich kann nichts dafür — wenn ich empört bin, rutscht es mir aus der Hand, wie beim Ferdinand, dann ist's aus — das lassen sich die Leut' nicht gefallen.“

„Natürlich.“

„Aber ich auch nicht, Luise, ich auch nicht,“ rief sie erglühend. Sie setzte sich wieder neben sie und erzählte rasch, daß ihr der Chef mit einem Strafabzug gedroht habe, weil sie diesmal einen weniger groben Zwirn genommen hatte. Sie versicherte, es würde nicht wieder vorkommen, er möge Nachsicht haben. Als er ihr aber das Geld für die Lieferung aufzählte, fehlten richtig vierzig Kreuzer. Da habe sie zu bitten angefangen, er möge ihr das nicht antun, sie seien zu arg in der Klemme.

„Es wäre Ihnen also sehr empfindlich, wenn ich die paar Kreuzer abziehen würde,“ hat er gefragt. Sehr, sagte ich. Da hat er gelächelt und das Fehlende vor mich hingelegt. „Ich hab' ja nicht gewußt, daß Sie so bedürftig sind, Fräulein,“ meinte er. Und dann lädet er mich ein, mich zu ihm zu setzen. „Ich werde Ihnen was sagen, ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen —“. Du kannst Dir denken, Luise, was das für ein Vorschlag war, als er mich aber um die Taille nehmen wollte, da hat er sie weggehabt. Darauf hab' ich natürlich g'schaut, daß ich auch weggekommen bin . . . Es war nur ein Glück, daß ich schon vorher das Geld eing'steckt hab', auch die vierzig Kreuzer.“

Einrichtungen sollen in engster Verbindung mit ihnen öffentliche Einrichtungen zur Verwaltung der lokalen Wohlfahrtsangelegenheiten auf Grundstücken kleineren Umfanges gebildet werden.

3. Daß die be[illegible] Wahrung der Gleichheit der Personen aller Stände vor Gericht notwendige Einheit in der Ordnung des Gerichtswesens im Reiche eingeführt und den gerichtlichen Anordnungen die erforderliche Selbständigkeit gesichert werde.

4. Daß zur weiteren Entwickelung der von uns gefaßten Maßnahmen zum Schutze des Loses der Arbeiter in Fabriken und Werkstätten und der Arbeiter in anderen Erwerbszweigen Sorge für Einführung ihrer staatlichen Versicherung zu tragen sei.

5. Daß die zu einer Zeit beispiellosesten Auftretens verbrecherischer Tätigkeit der Feinde der öffentlichen Ordnung erlassenen gesetzlichen Ausnahmebestimmungen durchzusehen sind, deren Anwendung mit einer bedeutenden Erweiterung des Gutdünkens der administrativen Obrigkeiten verbunden ist, daß hierbei Sorge zu tragen ist, für möglichste Einschränkung der Gebietsgrenzen, in welchen sie sich ausdehnen, sowie dafür, daß die durch diese Gesetze hervorgerufene Beschränkung der Rechte von Privatpersonen zugelassen wird nur in Fällen, wo tatsächlich die staatliche Sicherheit bedroht wird.

6. Daß zur Festigung meines im Manifest vom 11. März 1903 ausgedrückten unbeugsamen Herzenswunsches behufs Schutzes der durch die Grundgesetze des Reiches gebilligten Duldsamkeit in Glaubenssachen einer Durchsicht zu unterwerfen sind die Gesetze über die Rechte der Sektierer sowie über Personen, die heterodoxen und nicht christlichen Bekenntnissen angehören, und daß unabhängig hiervon gegenwärtig auch im administrativen Verfahren die entsprechenden Maßnahmen zur Beseitigung aller nicht direkt im Gesetz angegebenen Beschränkungen ergriffen werden.

7. Daß eine Durchsicht der bestehenden Verordnungen auszuführen ist, welche die Rechte der Ausländer und der Eingeborenen besonderer Reichsgebiete beschränken, indem von der Zahl der Bestimmungen künftig diejenigen übrig bleiben, welche die gegenwärtigen Reichsinteressen und die Stützen des russischen Volkes fördern.

8. Daß aus den gegenwärtig bestehenden Verordnungen über die Presse überflüssige Beschränkungen zu beseitigen und das gedruckte Wort in wahre, bestimmte gesetzliche Grenzen zu bringen sind und daß damit der heimischen Presse gemäß ihrer fortgeschrittenen Bildung und der ihr deshalb zukommenden Bedeutung die Möglichkeit zu geben ist, ihren hohen Beruf würdig zu erfüllen und eine wahre Verkünderin vernünftiger Bestrebungen zum Nutzen Rußlands zu sein.

Indem wir auf diesen Grundlagen eine Reihe in nächster Zukunft bevorstehender innerer großer Umgestaltungen anordnen, von denen ein Teil nach den früher von uns erlassenen Anweisungen bereits einer vorläufigen Untersuchung unterliegt, halten wir es bei der Verschiedenheit und Wichtigkeit dieser Umgestaltungen für gut, hiermit zu bestimmen: Die Ordnung der Geschäfte zur Bemessung der Mittel für die Möglichkeit ihrer schnellen und vollständigen Verwirklichung in einer Reihe unserer staatlichen Einrichtungen und die Aufgabe der engsten Einigung der verschiedenen Teile der Verwaltung obliegt dem Ministerkomitee. Infolge dessen ordnen wir an: Das Ministerkomitee hat bezüglich jedes der oben aufgeführten Gegenstände die Frage zu prüfen, wie unsere Absichten in der besten Weise ins Leben gerufen werden können und hat uns in kürzester Frist seine Beschlüsse zugehen zu lassen. Ueber die fernere Tendenz der beabsichtigten Maßnahmen und über die weitere ganze Ausarbeitung der genannten Angelegenheit hat das Ministerkomitee uns in der vorgeschriebenen Ordnung zu berichten.

Nikolaus.

Aus dem frömmelnden Phrasenschwall in ein verständliches Deutsch übersetzt, heißt das Manifest nichts anderes, als: Es bleibt alles beim Alten! Dem Bauer einen Brocken, den Juden und Andersgläubigen einen Brocken, den Arbeitern den Brocken einer Versicherung, den geknuteten Demonstranten einen Brocken u. s. f. In Wirklichkeit aber behält der Zar die Macht, und das Volk hat zu schweigen! Ganz wie in Deutschland! An der Macht der Tatsachen, der ökonomischen Entwickelung und des Volksbewußtseins wird aber auch der tönerne Koloß des „göttlichen Zarentums" zerschellen.

Japan und Rußland.

Neue Rüstungen in Tokio.

Aus der japanischen Hauptstadt wird gemeldet: Die Stadt ist voll Militär, wie im Frühjahr bei Ausbruch des Krieges. Nicht nur die Kasernen, sondern die ganze Stadt hat Einquartierung. General Oyamas Armee soll auf eine halbe Million Streiter gebracht werden. Seine Artillerie wird gewaltig verstärkt. Besondere Vorbereitungen werden zur Verteidigung Formosas und der südlichen Inseln gegen die Baltische Flotte getroffen. Die Eisenbahnverbindung mit Dalny arbeitet gut. Die Reise von Tokio nach Liaojang dauert nur sechs Tage.

Gemetzel vor Port Arthur.

Ein Bote aus Port Arthur teilte angeblich in Tientsin mit, daß die Japaner bei Anbruch der Dunkelheit am 22. Dezember in einer Stärke von etwa 5000 Mann mit vielen Maschinengewehren die nördlichen Verteidigungswerke angriffen. Sie nahmen mehrere Schanzen und drangen bis zum Fuß des Berges vor, wo die russischen Maschinengewehre zusammen mit den schweren Geschützen eine furchtbare Verheerung unter ihnen anrichteten. Beim Licht der Scheinwerfer kam es um Mitternacht zu einem heftigen Bajonettkampf. Als eine russische Abteilung den Japanern den Rückzug abzuschneiden drohte, zogen sich diese zurück. Sie verloren verschiedene Maschinengewehre, 300 Gewehre, 80 Gefangene. Der Verlust an Toten wird auf 600 geschätzt. Die Japaner machten auf dem nördlichen Hügel bei Itschan Halt, wo sie sich unter heftigem Feuer eingruben. Die beiden japanischen Flügel nahmen dagegen sämtliche Werke, die den äußeren Rahmen der Hauptforts bilden.

Verstärkungen der Belagerungsarmee.

In Dalny treffen wöchentlich etwa 40 Züge Verstärkungen für die Belagerungsarmee ein. Es verlautet, General Nogi liege an Armen und an den Beinen schwer verwundet im Hospital in Dalny.

In der Mandschurei.

General Kuropatkin meldet dem Kaiser: Am 24. Dezember eröffneten die Japaner bei Tagesanbruch das Feuer auf unsere Feldwache beim Taipinlingpaß auf dem Wege Sinsintin-Gosjenslin. Unsere Feldwache zog sich hinter den Paß zurück. Nachdem Verstärkungen eingetroffen waren, rückten wir wiederum vor und besetzten den Taipinlingpaß. Wir haben 12 Mann verloren. Die Verluste der Japaner sind größer.

Ferner wird aus Mukden gemeldet: Im Dorfe Chaoshi[illegible] erschien eine etwa 800 Mann starke Bande Chunchusen. Eine Abteilung [illegible], die zu ihrer Verfolgung abgesandt wurde, geriet mit der Bande ins Handgemenge, schlug sie in die Flucht und nahm ihr eine Menge Groß- und Kleinvieh ab. Die russischen Truppen sind jetzt gut für den Winter ausgerüstet, die Zahl der Erkrankungen unter den Truppen ist geringer als zu Friedenszeiten.

Russische Armeelieferanten.

Die „Lodzer Zeitung" berichtet: Einige Warschauer Lieferanten, bei denen die Intendantur Schuhwerk für die Armee bestellt hat, ließen sich durch Habgier zu Mißbräuchen verleiten, ohne Rücksicht auf den Umstand, daß ihnen die Bestellungen durch Vermittelung des Bürgerausschusses zugewendet worden waren. Angesichts dessen hat die Intendantur bis zur Stunde kaum 5000 Paar Stiefel angenommen, den Rest aber abgelehnt, da Material und Arbeit sehr mangelhaft sind. Die Pechdrähte sind nicht hinreichend mit Pech getränkt, viele Sohlen aus Bastrinde ohne Leder, und ein Lieferant ging so weit, daß er nach dem Vorbilde der Erinnerungen an den letzten russisch-türkischen Krieg statt Leder Karton in Anwendung brachte. Gewissenlosen Lieferanten wurden daher die Bestellungen entzogen. — Das Nähen der Wäsche beginnt in den nächsten Tagen. Dem Bürgerkomitee sind zu diesem Behufe 75,000 Arschin Leinwand zugegangen. Jede Woche müssen 16,000 Paar Wäsche geliefert werden. Der größte Teil der Bestellung wird in eigens hierzu errichteten Werkstätten verfertigt, der Rest an private Werkstätten vergeben werden.

Rußlands Uebermut.

Aus Schanghai wird vom 26. Dezember gemeldet: Der Taotai hatte von dem russischen Konsul die Auslieferung des Matrosen vom „Aikold", der einen Chinesen ermordet hatte, verlangt. Da der Konsul bisher keine Antwort gegeben hat und die Bevölkerung unruhig wird, wandte sich der Taotai an das Auswärtige Amt um Verhaltungsmaßregeln. — In Schanghai wie in Königsberg — die Russen sind überall gleich übermütig.

Politische Uebersicht.

Soldatenfreuden. Vom Ende September bis Ende Dezember 1904 wurde die gerichtliche Verurteilung von 50 militärischen Vorgesetzten wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung von Untergebenen bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen: 10 Jahre 6 Monate 20 Tage Gefängnis, 5 Monate mittlerer Arrest, 3 Monate 9 Tage gelinder Arrest, 6 Monate Festungshaft, 2 Monate 6 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen. Der Freiheitsentzug beträgt im ganzen 11 Jahre 11 Monate 5 Tage.

Auf Preußen treffen 10 Jahre Gefängnis, 3 Monate 23 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 6 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 26 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen (40 Vorgesetzte, darunter 3 Offiziere); auf Bayern 6 Monate 20 Tage Gefängnis (2 Vorgesetzte); auf Sachsen 1 Monat 7 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 3 Tage gelinder Arrest, 6 Monate Festungshaft, 10 Tage Stubenarrest (8 Vorgesetzte, darunter 2 Offiziere).

Die bestraften Offiziere sind: Hauptmann (!) Hugo v. Krause vom preußischen Infanterieregiment Nr. 176 mit vier Wochen Stubenarrest, Leutnant Dräger vom preußischen Infanterieregiment Nr. 58 mit 14 Tagen Stubenarrest, Leutnant Moser vom preußischen Infanterieregiment Nr. 160 mit 14 Tagen Stubenarrest; Hauptmann (!) Pauk vom sächsischen Infanterieregiment Nr. 179 mit 6 Monaten Festungshaft, Leutnant Preußer vom sächsischen Infanterieregiment Nr. 178 mit 10 Tage Stubenarrest. Daß im deutschen Heere sogar noch Hauptleute wegen Soldatenmißhandlungen bestraft werden müssen, ist gewiß charakteristisch.

Wie milde die Militärgerichte die Soldatenquäler aburteilen, zeigt zur Genüge der Fall des Unteroffiziers Paul Schmidt vom preußischen Feldartillerieregiment Nr. 36. Schmidt ließ einen Kanonier zwischen 20 mit Gurten, Fahrpeitschen und Striegelriemen bewaffneten Soldaten viermal Spießruten laufen und trotzdem kam er mit 7 Wochen Gefängnis davon. Mit solchen Strafen rottet man die Mißhandlungen nicht aus. Im übrigen müssen die Unteroffiziere des preußischen 36. Feldartillerieregiments sich vor unvermuteten Revisionen sehr sicher fühlen, sonst würde Schmidt die erwähnte Prozedur nicht gewagt haben. Hier gehört nach unserer Anschauung der Regimentskommandeur verabschiedet.

Im ganzen Jahre 1904 wurde durch die unabhängige Presse die Verurteilung von **230** Soldatenmißhandlungen festgestellt. An Freiheitsentzug wurden über sie verhängt 53 Jahre und 18 Tage. Im Jahre 1903 betrug die Zahl der öffentlich konstatierten gerichtlichen Bestrafungen nur 206, der Freiheitsentzug aber 71 Jahre, 6 Monate 28 Tage. Mögen auch im Jahre 1904 nicht mehr so gräßliche Fälle wie der Fall Breidenbach bekannt geworden sein, womit angesichts der sonderbaren „Oeffentlichkeit" des Militärgerichtsverfahrens keineswegs bewiesen ist, daß sie nicht vorgekommen sind, so ist doch zweifellos, daß die Bestrafung der Soldatenmißhandler bedenklich nachsichtig geworden ist.

Christliches über eine königliche Ehebrecherin. Die katholisch-fromme „Germania" kann es durchaus nicht begreifen, daß eine Mutter zur Weihnachtszeit ihre Kinder umarmen will. Sie tobt wider die Gräfin Montignoso:

. . . . welcher vernünftige, überlegende Mensch hätte ihr zu einem so törichten, weil völlig aussichtslosen Schritte, wie sie ihn am Donnerstag getan hat, raten können? Zu einem Schritte der . . . ein nichts weniger als günstiges Licht auf sie wirft. Wir müssen gestehen das Benehmen eines, alles sittlichen Gefühls baren Teiles des Dresdener Publikums, der seiner Sympathie und „Hochachtung" für die so tief Gefallene in abstoßender Weise zum Ausdruck brachte . . . Gegenüber dieser beschämenden Tatsache vermag es Genugtuung zu erregen, daß in Dresden . . . doch auch die unabänderlichen Grundsätze der Sittlichkeit und des Rechtes Vertretung finden.

So rutscht das pfäffische Preßgesindel vor dem katholischen König Friedrich August auf dem Bauche. Christus hat die Ehebrecherin, die vor ihm niederfiel, liebreich zu sich aufgehoben; die königlich sächsische Preßmeute aber hätte er mit der Peitsche behandelt!

Nicht nur Ballin, auch andere Reederfirmen haben von den russischen Auswanderern ihren Profit. In der „Bremer Bürgerztg." wurde kürzlich berichtet: Auf unserer Redaktion stellte sich ein junger Russe aus Riga vor, der einer jener liebenswürdigen Zwangsanweisungen seines Weges über Bremen hatte Folge leisten müssen. In Eydtkuhnen wurde er von einem Gendarmen gestellt und erhielt auf seine Mitteilung, daß er nach Newyork wolle, die verblüffende Antwort, das gehe nicht so, er müsse hierbleiben. Bemühungen des Fremden, sich Fahrkarten über Berlin resp. Antwerpen zu verschaffen, waren vergeblich; wohl oder übel war er gezwungen, seinen Weg über Bremen zu erreichen, da ihm andererseits nur der Ausweg blieb, nach Rußland zurückgeschickt zu werden. Das Verlangen unseres Gewährsmannes, für sein gutes Geld ein eigenes Logis wählen zu können, wurde zunächst ebenfalls mit der Drohung, ihn zurückschicken zu wollen, abgewiesen. Erst auf energischere Vorstellung bewirkte er, daß man im Mißler'schen Bureau die Weisung gab, ihn in dieser Richtung gewähren zu lassen. Unserem Gewährsmann war selbst unterwegs die Benutzung der zweiten Klasse verweigert worden. (!)

Die Geschäfte der reichen Reederfirmen gedeihen dabei prächtig. Täglich kommen große Trupps russischer Auswanderer in Bremen an. Wie stark die Auswanderung über Bremerhaven ist, ergibt sich aus dem Umstande, daß der Lloyd bereits zwei Dampfer mehr innerhalb vierzehn Tagen expedieren mußte, nämlich die „Weimar" und die „Darmstadt", die mit 2000—2200 Zwischendecks-Passagieren abgingen. Nach dem letzten Monatsbericht des Bremischen Statistischen Amtes für November wird eine Zunahme der Auswanderer um etwa 2000 in diesem Monat konstatiert, während im November des Vorjahres eine rückläufige Bewegung eingesetzt hatte. Den 8966 russischen Auswanderern im November des Vorjahres stehen in diesem Jahre 6239 gegenüber, also 2273 mehr.

Das Hochzeitsgeschenk und die „Elenden". Auch die Kieler Stadtverordnetenversammlung hat einen Beitrag zu dem Städtegeschenk für den Kronprinzen beschlossen. Unsere Genossen gaben dabei folgende Erklärung ab:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten erklären gegenüber dem Antrage des Magistrats auf Zahlung eines Beitrages für ein Hochzeitsgeschenk an den preußischen Kronprinzen:

1. Wir protestieren dagegen, daß dem Antrage des Magistrats Folge geleistet wird, denn der Gegenstand der Vorlage ist keine Gemeindeangelegenheit und darum haben die Stadtverordneten nach § 63 der Städteordnung für die Provinz Schleswig-Holstein kein Recht, über diese Angelegenheit zu beraten.

2. Sollte unser Protest von der Mehrheit der städtischen Kollegien verworfen werden, so machen wir geltend, daß die Aufgabe der städtischen Kollegien einzig und allein ist, die Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten und das Wohl der Stadt zu fördern. Die Hochzeit des Kronprinzen von Preußen steht jedoch in keinen Beziehungen zu den Angelegenheiten und dem Wohle der Stadt.

3. Sollte auch dieser Einwand von der Mehrheit der städtischen Kollegien nicht anerkannt werden, so verweisen wir darauf, daß nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen die überwiegende Mehrheit der Einwohner Kiels sich zu einer antimonarchischen Anschauung bekennt. Diese Mehrheit aber kann nicht billigen, daß man aus ihren Steuergroschen ein Geschenk zur Hochzeit des Kronprinzen kauft. Wir sehen dabei noch davon ab, daß der Kronprinz sich bereits persönlich zu dieser Mehrheit feindlich gestellt und sie als „Elende" bezeichnet hat.

4. Endlich verweisen wir darauf, daß die Finanz-Verhältnisse der Stadt Kiel und vor allem der hohe Einkommensteuerzuschlag, den ihre Einwohner und Bürger zu tragen haben, es absolut nicht rechtfertigt, daß die städtischen Kollegien auch nur einen Pfennig bewilligen, der nicht im Interesse des städtischen Gemeinwesens verausgabt werden soll. Demnach beantragen wir: a) unter Berufung auf § 63 der Städteordnung Uebergang zur Tagesordnung; eventuell b) Ablehnung des Magistratsantrages."

Wie die Kieler werden auch die Breslauer Stadtväter mit „Hurrah!" die geforderte Summe in geheimer Sitzung (!) bewilligen. Die Schlachtsteuer, die den Armen das Fleisch verteuert, bringt ja genügend Ueberschüsse und die freisinnige Verwaltung kann sich als patriotisch aufspielen. 30,000 Breslauer Wähler haben aber bei der Reichstagswahl bekundet, daß sie Gegner derartiger „patriotischer" Gaben sind.

„Eine unwegsame Wüste". Der katholische Priester Meyer aus der Diözese Osnabrück ist als Feldprediger mit nach Südwestafrika gegangen. Ueber seine Tätigkeit hat er einem Amtsbruder in Osnabrück einen längeren Brief gesandt, dem wir das folgende entnehmen:

In den Feldlazaretten gab es leider sehr viel Arbeit. So mancher gute junge Mann liegt hier im öden Sande. . . . . Der Typhus nimmt uns die meisten Leute weg. Ein Beispiel: Am 23. September ritt ich mit einem Stabsarzt von unserem damaligen Feldlager Otjomaso zu dem 14 Kilometer südlicher gelegenen, neu eingerichteten Feldlazarett Otjimbinde. Eben war dort ein Reiter gestorben, und ich beerdigte ihn als ersten auf dem neuen Friedhof. Am 17. Oktober kam ich wieder nach Otjimbinde; da mußte ich daselbst den 25. Toten begraben, der vorher gebeichtet und die heilige Oelung empfangen hatte. Also in dem Typhuslazarett war tagtäglich mindestens einer gestorben, an einem Tage tatsächlich vier Mann und ein Leutnant. — Wie für die Kranken gesorgt ist? So gut als möglich. Aerzte genug. Pflegepersonal zu wenig, und wegen der langen Etappenstraßen zu wenig Lazarettmaterial und Proviant! In Otjimbinde liegen über 100 Mann in zwei Zelten auf der Erde, unter sich die Pferdedecke, drei lange Reihen längs durch das Zelt. Dabei die brennende Sonne und der häßliche Sandstaub, sowie das schlechte Wasser! In anderen Lazaretten sind natürlich bessere Einrichtungen; sie verbessern sich zusehends, je näher das Lazarett der Bahn liegt. Schon in Otjosondu lagen die Kranken in guten Feldbetten, die mit Moskitonetzen überspannt waren, aber auch dort fehlte es oft an dem notwendigsten Krankenproviant. Dieses Land ist, soweit ich es gesehen, wirklich traurig: „Terra deserta et invia et inaquosa" (eine unwegsame und wasserlose Wüste).

Und in dieser „Wüste" werden viele hunderte deutscher Brüder hingeopfert, einer wertlosen Kolonialfexerei zuliebe.

Dienstkleidung der Staatseisenbahnbeamten. Eine Kabinettsorder vom 24. Dezember genehmigte Aenderungen in der Dienstkleidung der Staatseisenbahnbeamten, die eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung der Kleidung bezwecken. Die Galakleidung der Stationsvorsteher 1. Klasse ist weggefallen, dafür ist den Stationsvorstehern 1. Klasse, den Güterexpeditionsvorstehern und den Stationskassenrendanten gestattet, bei feierlichen Gelegenheiten den Galahut zur Dienstkleidung zu tragen. Bei den mittleren Beamten fallen die Goldstickereien am Kragen und die Samtaufschläge an den Aermeln fort. Letztere sind durch Rollaufschläge ersetzt. Zugbegleitungsbeamte dürfen an Stelle der einreihigen eine zweireihige Joppe tragen.

Menschenwohl und Rindviehzucht in Mecklenburg. Im Lande mit dem Ochsenwappen hat, wie der „Frankf. Volksstimme" geschrieben wird, kürzlich der Landtag die Errichtung einer Lungenheilstätte für Menschen abgelehnt, in derselben Sitzung aber für die Förderung des einheimischen Rindviehes jährlich 15,000 Mk. bewilligt, darunter je 6000 Mk. als Gehalt für einen neuanzustellenden Rindviehzuchtinspektor. In der Diskussion erklärte der Rittergutsbesitzer v. Pleffen-Reez: Er habe kein Vertrauen zur Sache. Es würden sich wahrscheinlich zur Stellung eines Rindviehzuchtinspektors Leute drängen, welche in ihrer Wirtschaft nicht hätten bestehen können. Er könne sich kein Bild von der Tätigkeit des Inspektors machen. In landwirtschaftlichen Kreisen werde man auch der Errichtung wenig Vertrauen entgegenbringen. Nun hielt es den Bürgermeister Peek aus Parchim nicht mehr. In dem Brustton tiefster Ueberzeugung antwortete er dem Vorredner: „Nach seiner Ueberzeugung müsse der Rindviehinspektor ein Mann sein, der möglichst viel vom Rindvieh verstehe, ohne selbst ein Rindvieh zu sein." Dieser bürgermeisterliche Geistesblitz zündete denn auch auf dem Landtag, und so wurden die 15,000 Mk. auf 5 Jahre bewilligt. Heil, Heil! der Zucht einheimischen Rindviehs.

Rubstrat und Schweynert. Dem Redakteur des Oldenburger „Residenzboten", Schweynert, der wegen Beleidigung des Poker-Ministers Rubstrat zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden ist, ist im Gefängnis die Selbstbeschäftigung verweigert worden, ebenso die Selbstbeköstigung. Dagegen darf er die „Weser-Zeitung", ein Blatt im Stile der „Schles. Zeitung", lesen. Wenn der Mann davon nicht geisteskrank wird, muß er starke Nerven haben. Für die Art, wie Preßsünder in deutschen Gefängnissen behandelt werden, bildet der Fall Schweynert einen neuen Beitrag.

Partei-Angelegenheiten.

Die Kandidatur in Hof. Im Wahlkreis Hof wurde für die Reichstagsnachwahl als sozialdemokratischer Kandidat Genosse Ferdinand Geißler aufgestellt. Geißler ist Verleger des Hofer Parteiblattes und im Kreise aufs beste bekannt.

Die Wahl des Parteigenossen v. Zurco-Carcagna als Stadtverordneter in Mainz ist vom Kreisausschusse für ungiltig erklärt worden. Z. ist Sprecher der Freireligiösen Gemeinde und wird vom Kreisausschusse als Geistlicher angesehen, und solche sind nach der hessischen Städte-Ordnung nicht wählbar. Früher hat man dem Genossen Z. die Eigenschaft eines Geistlichen abgesprochen, als es galt, ihm Rechte zu verweigern, die anderen Geistlichen zustehen.

Ein südslawischer Parteitag hat anfangs Dezember in Laibach stattgefunden, der insofern von Bedeutung ist, als er die Folgen alten Zwistes beseitigte. Das Parteiblatt erschien seit Jahren in Triest, und dort befand sich auch die Leitung der Partei, während der Mittelpunkt dieser nationalen Parteigruppe Laibach ist. Der Parteitag beschloß nun, die Exekutive und das Partei-Organ nach Laibach zu verlegen, wovon für die Weiterentwickelung der Partei viel erhofft wird. Auch die Errichtung einer Parteidruckerei wurde in Aussicht genommen.

Arbeiterbewegung.

Die freie Arztwahl wird von Neujahr ab von der Ortskrankenkasse zu Lübeck eingeführt werden. Nur an einem Punkt scheiterte das Projekt bisher noch immer, und das war der Kostenpunkt. Während die Ortskrankenkasse den Aerzten eine Pauschalsumme pro Mitglied bot, verlangten die letzteren eine Bezahlung nach Einzelleistungen. Jetzt hat man sich auf eine Pauschalsumme von 7 Mark pro Mitglied geeinigt, für welche das Mitglied und dessen Familienangehörige Anspruch auf ärztliche Behandlung erlangen.

Die Bäckermeister von Lübeck haben ein Inserat erlassen, wonach sie, den Wünschen der Gesellen Rechnung tragend, die Betriebe an beiden Weihnachtstagen ruhen ließen. — Das war ein vernünftiger Innungsbeschluß. Die Breslauer Innung steht auf dem entgegengesetzten Standpunkte.

Ein neues Gewerkschaftshaus haben sich die Elberfelder Arbeiter erbaut und am ersten Feiertage seiner Bestimmung übergeben.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 28. Dezember.

* **Eine Prachtleistung agrarischer Agitation** hat, nach der „Fr. d. Pr.", der Vorstand des Bundes der Landwirte für Görlitz geliefert. Dieser drückt den drei Vertretern des Wahlkreises Görlitz im Abgeordnetenhause, den nationalliberalen Abgg. Fritsch und v. Schenckendorff und dem konservativen Abg. v. Eichel die bestimmte Erwartung aus, daß sie gegen den Rhein—Hannover-Kanal stimmen werden, da die schweren Bedenken gegen das Kanalprojekt nicht beseitigt seien. Die den drei Landtagsabgeordneten unterbreitete Resolution führt eine Reihe von Punkten auf, die als Voraussetzung für die Annahme der Kanalvorlage gelten müßten. Da heißt es in Punkt 6 wörtlich:

„Die Einführung eines Schleppmonopols genügt nicht. Es müßte vielmehr der gesamte Schiffahrtsbetrieb verstaatlicht werden."

Die Voraussetzung bei diesem Ansinnen ist natürlich der Wunsch, daß bei Verstaatlichung des Schiffahrtsbetriebes derartige Frachttarife eingeführt werden, daß die Zufuhr der durch Schutzzölle ohnehin verteuerten ausländischen Agrarprodukte vollends unmöglich gemacht wird.

Wenn heute drei rechtsstehende Abgeordnete für Görlitz-Lauban im Landtag sitzen, so ist allein der Freisinn daran schuld. Wäre der Freisinn mit der Sozialdemokratie zusammengegangen, wie das einzelne vernünftige Freisinnige auch wollten, so säße heute ein Sozialdemokrat neben zwei Freisinnigen im Abgeordnetenhause. Der Freisinn wollte aber allen Warnungen zum Trotz lieber „aus eigener Kraft" eine schmähliche Niederlage riskieren. Damals konnte der Freisinn gegen den Führer der kanalfeindlichen Görlitzer Bündler übrigens nicht schroff auftreten, weil man Ende Juni dem Freiherrn v. Loen nachgelaufen war wegen der Stichwahlunterstützung. Herr Mugdan verdankt dem kanalfeindlichen Bündlerfreiherrn sein Mandat. Wenn im Landtage deshalb die Stimmen der Görlitz-Laubaner Abgeordneten gegen den Kanal abgegeben werden sollten, so hat diese Möglichkeit der nach links kämpfende und nach rechts schielende Freisinn verschuldet.

* **Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht"träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht" nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen.

* **Ueber die Lohnverhältnisse der Breslauer Buchbinder** macht die neueste Nummer der „Buchbinder-Zeitung" interessante Ausführungen. Wir entnehmen dem Artikel folgende Angaben, die auch für die Allgemeinheit von Interesse sind:

Die erste Periode der Lohnerhöhungen, die bei unserer vorjährigen Lohnbewegung, die bekanntlich mit dem Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages endigte, gemacht wurden, läuft mit dem Jahresschluß ab.

Vom 1. Januar 1905 ab soll der festgelegte Minimallohn von 17 Mk für Arbeiter und 9 Mk. für Arbeiterinnen Platz greifen. Von 1906 ab 18 Mk. bezw. 12 Mark.

Werfen wir nun einen Blick auf das verflossene Jahr zurück, so können wir feststellen, daß doch eine ganze Anzahl Berufsangehörige die Früchte der Bewegung genießen konnten, aber es gibt auch eine ganze Anzahl, denen eine Lohnaufbesserung nicht zu teil wurde und die noch für 15 Mark und darunter arbeiten. Ebenso arbeiten noch viele Kolleginnen weit unter den festgesetzten Löhnen. Die nächste Ursache dafür ist wohl die, daß sich die Betreffenden wenig oder gar nicht um die Organisation bekümmern, überhaupt gar kein Verständnis hierfür besitzen.

Bei der Firma Klinner wurde ein Erfolg für das Personal erzielt. Eine weitere Firma, mit der die Kommission und auch die in ihr sitzenden Arbeitgeber mehrmals verhandelte, ist die Firma Schwerzenski, Geschäftsbücherfabrik, das Schmerzenskind der Zahlstelle Breslau. Hier ist es wohl in allererster Linie den Beschäftigten selbst zuzuschreiben, daß sie noch 11 Stunden arbeiten müssen und daß halbwegs geordnete Lohnverhältnisse ganz unbekannte Dinge sind. Zwietracht, Katzbuckelei und Alkohol, lange Arbeitszeit und wenig Lohn haben diese Bedauernswerten dahin gebracht, daß sie jeden moralischen Widerstand verloren zu haben scheinen und für den Fortschritt der Zeit blind sind. — Bei Leopold wurde die Arbeitszeit Sonnabends um eine Stunde reduziert auf unser Drängen hin, leider fanden sich fünf Kollegen, die aus dem Verband austraten.

Auch indirekt hat sich unsere Bewegung von Vorteil erwiesen. Während früher für Kartonagezuschneider um 18 Mark Lohn gefeilscht werden mußte, werden jetzt 20 Mk. und darüber bezahlt. In der Kartonagenbranche herrschen im allgemeinen noch recht unleidliche Zustände. Der Zuschneider hat für drei oder vier Partien Zuschnitt zu liefern (auch Ueberzug). Jede Partie arbeitet zu dritt. Wenn nun Bestellungen unregelmäßig einlaufen und der Zuschneider auf Arbeit warten muß, so holen ihn die Arbeiterinnen ein, die ihrerseits bei den äußerst niedrigen Akkordpreisen jede Minute ausnützen müssen, um 8—10 Mk. zu verdienen. So kommt es öfter vor, daß alle drei oder vier Partien gleichzeitig auf Zuschnitt warten müssen; hierbei spielen sich Szenen ab, die des Menschen und Kollegen unwürdig sind und die einen feindseligen Einfluß zwischen Zuschneider und Arbeiterin herbeiführen und für die Organisation zersetzend wirken müssen. Auch kommt es häufig vor, daß den Vorarbeiterinnen Sonnabends beim Verrechnen eröffnet wird, daß es für diesen gemachten Artikel weniger gibt als vorher. Weinend wird dann das Kontor verlassen, um — die nächste Woche desto mehr „draufzudrücken."

Geht es auch nicht sprungweise in Breslau vorwärts, so kann danach doch konstatiert werden, daß allmählich bessere Verhältnisse Platz greifen, was nur der unaufhaltsam vorwärtsschreitenden Organisation des Deutschen Buchbinderverbandes zu danken ist.

Die Breslauer Buchbinder werden noch tüchtig für die Organisation arbeiten müssen, ehe sie einigermaßen ihrer Erfolge froh werden und auf weitere hoffen können!

ch. **Schweidnitz**, 27. Dezember. Eine imposante Volksversammlung war es, welche am 1. Weihnachtsfeiertag im großen Saale des „Zeltgarten" tagte. Zirka 700 Personen, ein großer Teil davon aus den auch entfernt gelegenen Dörfern des Kreises lauschten dem Vortrag des Genossen Dr. A. Bernstein-Berlin, welcher sich das Thema „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" gewählt hatte. Eingang seines Vortrages schilderte Redner die Lebensgeschichte Jesus des Nazareners, welcher wohl kein Sozialdemokrat war, aber ein Mann, der nur Gutes und Liebes für das Volk zu jener Zeit habe erringen wollen. Weit hinter dem wahren Streben dieses Nazareners befinden sich jedoch zur Zeit die, die sich Nachfolger Christi nennen, die Diener der Kirche, die Geistlichkeit. Diese Herren handeln nicht nach dem erhabenen Leben des Zimmermannsohnes, dem Volke zu nützen, sondern das gerade Gegenteil könne man jahraus, jahrein beobachten. Genosse Bernstein erinnerte hierbei an das Verhalten der Geistlichkeit anläßlich der Crimmitschauer Weberaussperrung sowie an die Zollwucher Verhandlungen im Reichstag. Was Jesus zu jener Zeit galt, das gilt im neueren Zeitalter der Sozialismus. Auch der Sozialismus predigt den Frieden auf Erden zu jeder Zeit und zu jeder Stunde. Um den großen Völkerfrieden jedoch zu erringen, bedarf es noch vieler Aufklärung der Volksmassen. Traurig sieht es zur Zeit im Weltall aus. In Ostasien schlachten zwei Völker sich schon monatelang gegenseitig ab. Wenn nun der alte Moltke einst gesagt hat, der Krieg sei ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung, so sei Redner der festen Anschauung, daß der Krieg ein vom „Teufel" eingesetztes Element der Unordnung sei. Wenn wir nun den Blick nach Südwest-Afrika wenden, dann wird dieser Erdteil, welcher bis jetzt der schwarze Erdteil genannt wurde, bald der rote genannt werden müssen. Seit Jahren fließt dort das Blut der abgeschlachteten Einwohner jenes Landes, welche der unglückseligen Kolonialpolitik der europäischen Staaten, wie England, Deutschland, Frankreich usw. zum Opfer gefallen sind. Den neuesten Prozeß gegen die Ermordung der kleinen Lucie Berlin erläuterte ebenfalls der Redner, dazu erwähnend, daß dieses lehrreiche Kulturbild zu ernsten Betrachtungen Veranlassung gebe. Gerade durch diesen Prozeß sei wieder einmal die ganze Eiterbeule der bürgerlichen Gesellschaft zutage getreten. Umsomehr müsse das Volk energisch Front gegen diese Gesellschaftsordnung machen, welche nicht mehr wert zu existieren sei.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Genosse Zappe sprach über den Streik der Neuroder Bergleute, und erwähnt den Aufruf des Streikkomitees. Redner bat die Anwesenden am heutigen Tage die Kinder Streikenden nicht zu vergessen und nach Schluß der Versammlung am Vorstandstisch ein Scherflein für die Weihnachtseinbescherung der Genannten zu opfern. Genosse Koch forderte zum Beitritt in den Wahlverein sowie zum Abonnement der Parteizeitung auf. Genosse Becker ersuchte, mehr wie bisher das Lokal zum „Zeltgarten" zu besuchen. Mit einem dreifachen begeistert ausgebrachten Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die interessante Versammlung um 6 Uhr geschlossen. In Scharen kamen nun die Teilnehmer an den Vorstandstisch, um für die Kinder der streikenden Bergleute eine Gabe zu spenden. Ein Beweis, welche große Sympatien den Neurodern entgegengebracht werden. Die Sammlung ergab den Betrag von 20.40 Mk., welcher als erste Rate bald abgesandt wurde. Den Bergleuten im Neuroder Revier aber rufen wir zu: „Haltet aus im Sturmgebraus!"

Königshütte O.-S., 27. Dezember. Eine Kartellsitzung fand am 25. Dezember statt. Ohne Entschuldigung haben gefehlt: 2 Holzarbeiter, 2 Metallarbeiter, 1 Maler und 1 Fabrikarbeiter. Davon 8 Mitglieder des Kartellvorstandes und zwar der 1. und 2. Vorsitzende und Kassierer. Anwesend 12 Delegierte. Kassenabrechnung konnte deshalb nicht erledigt werden, und ist eine viergliedrige Kommission, bestehend aus Franz Scholtyßek, M. Pörkfen und R. gewählt zur Regulierung dieser Angelegenheit. Zum ersten Vorsitzenden wurde Franz Scholtyßek gewählt. In die Lokalkommission sind Franz Scholtyßek, S. und R. gewählt und sollen diese einen Laden auf der Kronprinzenstraße mieten und das Mobiliar dafür besorgen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, pünktlicher zu den Sitzungen zu kommen und gab bekannt, daß von nun an die Namen der säumigen Delegierten in der „Volkswacht" bekannt gemacht würden.

Neueste Nachrichten.

Der Preußentag

wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, heute früh durch einen Begrüßungsgesang von Arbeitersängern eingeleitet. Namens der Berliner Parteigenossen begrüßte Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil die Delegierten. Singer eröffnete den Parteitag namens der Parteileitung. Zu Vorsitzenden werden Singer und Schütz-Breslau gewählt. Der Antrag, auf die Tagesordnung den Punkt „Gründung einer besonderen Organisation für die preußischen Parteigenossen" zu setzen, wurde abgelehnt. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt. Genosse Heimann-Berlin ergriff sodann das Wort zu seinem Referat über den Wohnungsgesetz-Entwurf.

Die Gärung in Rußland.

In der Versammlung der Moskauer Gouvernements-Semstwos waren die Galerien noch dichter besetzt, wie in den letzten. Zunächst teilte der Vorsitzende, Adelsmarschall Fürst Trubetzkoi, mit, daß dem Protokoll der gestrigen Sitzung zwei Erklärungen mit von einander abweichenden Meinungen, von denen die eine mit einer, die andere mit dreizehn Unterschriften versehen ist, hinzugefügt seien. Sodann wurde die Erklärung einer Gruppe Semstwoabgeordneten verlesen, der zufolge diese, **tief erregt** durch die gestrige Bekanntmachung der Regierung über die Semstwoversammlungen, **nicht über die nötige Ruhe zur Fortsetzung der Arbeit** verfügen, und daher eine Unterbrechung der Tagung beantragen. Gegen den Antrag, der 34 Unterschriften trug, stimmten nur 7 Abgeordnete.

Zersprengte Brücken.

Die am Sonnabend in Radom ausgebrochenen Reservistenunruhen haben einen weit größeren Umfang angenommen, als amtlich mitgeteilt wurde. Es steht fest, daß die Reservisten **zwei kleine Eisenbahnbrücken** mit Dynamit **sprengten**, um ihren Abtransport zu verhindern. Hierauf wurde Militär requiriert, das, mit dem Regiments-Kommandeur an der Spitze, heranzog. Es wurde **von den Reservisten mit Gewehrfeuer empfangen**, wobei der Regiments-Kommandeur und zwei Offiziere tot blieben. Auch unter den Reservisten gab es mehrere Tote.

Hilft der Erlaß?

Der Korrespondent des „Petit Parisien" hat eine Anzahl politischer Persönlichkeiten und Journalisten über das jüngste Manifest des Zaren interviewt. Aus den Erklärungen, die er gesammelt, geht hervor, daß die **Unzufriedenheit in ganz Rußland fortdauert** und die politische Gärung an Heftigkeit zunimmt. Der Leiter eines großen Blattes sagte zu ihm, **die Revolution werde in zwei Monaten ausbrechen**, wenn man dem Lande eine Verfassungsänderung verweigert. Ein Führer der Liberalen Partei erklärte, daß Großfürst Sergius nicht mehr nach Moskau zurückzukehren wage, dasselbe gelte vom Polizeichef, welcher ebenfalls die Stadt verlassen habe. Die Lage werde unhaltbar. Auch eine Anzahl hoher Beamter sei bedroht, wenn man den konstitutionellen Bestrebungen nicht willfahre.

Nun auch die Pest.

In einem Kreise und zwei Stanizen des Uralgebietes trat Mitte November eine nach den Symptomen und der großen Sterblichkeit der Beulenpest ähnliche Krankheit auf. Die Herkunft der Seuche ist nicht festgestellt, es wurde nur ermittelt, daß die ersten Fälle eine Kirkisenfamilie betroffen hatten. Die Krankheit verbreitete sich dann unter den Kirkisen und ging auch auf die Kosakenbevölkerung über. In der Zeit vom 24. November bis 26. Dezember starben in den 2 Stanizen **190 Personen**. Zur Feststellung der Art der Krankheit wurde ein Bakteriologe aus Astrachan entsandt; auch die erforderliche Anzahl Aerzte, die mit Heilserum ausgestattet sind, sind von St. Petersburg abgegangen. Die Häuser und Ortschaften, auf die sich die Krankheit erstreckt, werden streng abgesperrt und die beiden Stanizen für pestverdächtig erklärt.

Quittung.

Für die Stadtverordnetenwahlen gingen ein:

Am 19. Dezember quittiert	1884.26	Mk.
Liste 159 durch Sobl und Schwarzer Distrikt III)	1.30	"
Liste 87 durch Kreuter (Distrikt VI)	7.45	"
Zimmerer-Verband (Zahlstelle Breslau)	20.—	"
Liste 6 durch Hübner (Distrikt III)	4.65	"
Liste 150 durch Hoffmann (Distrikt III)	2.—	"
Liste 92 (Distrikt VI)	3.15	"
Liste 224 durch Fräulein Kaiser	1.80	"
Liste 225 durch Fräulein Kaiser	1.80	"
Schafkopf bei Standke durch Christ	0.80	"
Organisierte Brauer	1.—	"
Günther H. (Bons)	2.—	"
Prozente von H. Paulst	0.55	"
Liste 209 durch Koschmieder (Distrikt II)	3.95	"
Summe	1934.71	Mk.

Die Genossen werden ersucht, die noch außenstehenden Listen um Bons abzurechnen. Auch die leeren Listen müssen sofort abgeliefert werden.

C. Burgund, Heinrichstraße 2.

Für die Kinder der streikenden Bergleute im Neuroder Revier

haben wir empfangen:

Bisher quittiert	189.61	Mk.
Gesammelt in Frenkes Restauration durch Reichelt	3.35	"
Von Dachdeckern durch Seidel	1.50	"
Verband der Porzellanarbeiter (Zahlstelle Breslau)	20.—	"
Zwei rote Brüder aus Neurode	1.—	"
Gesammelt durch einen Neuroder	2.70	"
Von Holzarbeitern nach der Matinee	1.—	"
Töpfer A. Krüger-Kattowitz	1.—	"
Skat Lindeblüte durch Schönwitz	0.60	"
Summa	220.76	Mk.

Redaktion der „Volkswacht".

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

Dezemb. 27., 28.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	— 4,8	— 6,2	— 6,8
Luftdruck bei 0° (mm)	757,1	759,9	758,3
Dunstdruck (mm)	2,3	2,5	2,0
Dunstsättigung (pCt.)	74	90	73
Wind (0—6)	NW. 1	W. 1	SW. 1
Wetter	bewölkt.	heiter.	heiter.

Gestern Vormittag Schneeflocken.

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: **Robert Albert**; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt" **Franz Klühs**. Redaktion u. Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oscar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort Breslau. **Hierzu 1 Beilage.**

Warenhaus

Gebr. Barasch

Ring 31/32

Extra-Preise — Extra-Preise

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Zum Sylvester

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Glaswaren

Weinkelche Stück 20, 16 ₰
„ mit gemust. Rand Stück 27, 25 ₰
Weingläser gepresst, St. 8 ₰
„ geschliffen Stück 25 ₰
Sektgläser Stück 22 ₰
„ mit gemust. Rand, Stück 28 ₰
Likörgläser gepresst, St. 6 ₰
„ geschliffen, Stück 28, 9 ₰

Groggläser
gepresst, Stück 10 ₰
geschliffen, Stück 32, 28 ₰

Bowlen
Bowlengläser

Zur Bowle:

Ananas
1 Pfund-Dose 72 ₰

Pfirsich
1 Pfund-Dose 75 ₰

Erdbeeren
1 Pfund-Dose 68 ₰

Weine

Rotweine

Estephe Flasche 44 ₰
Medoc Cantenac „ 72 ₰
Chateau Larose „ 88 ₰

Weissweine

Josefshöfer Flasche 1.55
Pisporter „ 88 ₰
Oppenheimer Berg „ 1.05
Obermoseler „ 44 ₰

Ungarweine

Feiner süsser Ungar Fl. 98 ₰
Feiner herber Ungar „ 98 ₰
Fein. süss. Ober-Ung. „ 88 ₰
Herber Ober-Ungar „ 88 ₰

Sherry
Portwein
Madeira
Flasche 1.35 und 1.05

Schaumweine

Mumm, extra dry Flasche 9.25
Deutz-Geldermann „ 6.75
Henckel Trocken „ 4.00
Kupferberg, silber Fl. 2.75
Cabinet Flasche 2.25
Carte d'Or „ 1.75

Wurstwaren

Zwiebelleberwurst ¼ Pfd. 14 ₰
Rotwurst ¼ Pfd. 14 ₰
Landleberwurst ¼ Pfd. 25 ₰
Kalbsleberwurst ¼ Pfd. 30 ₰
Poln. Bratwurst ¼ Pfd. 25 ₰
Cervelatwurst ¼ Pfd. 30 ₰
Salamiwurst ¼ Pfd. 30 ₰
Schinken roh / gek. ¼ Pfd. 35 ₰

Gänsebrüste
pro Pfd. 1.60

Caviar
Fischkonserven

lebende Karpfen.

Citronen
½ Dtzd. 18 ₰

Apfelsinen
½ Dtzd. 18 ₰

Cacao
¼ Pfd. 25 ₰

Thee

Marke Ab ⅕ Pfund 32 ₰
„ Ab 1/10 „ 17 ₰

Marke Theegesellschaft
⅕ Pfund 48 ₰ 1/10 Pfund 25 ₰

Thee, lose ¼ Pfund 48 ₰
„ „ ¼ „ 38 ₰

Frische Pfannkuchen

3 Stück 10 ₰

Neujahrskarten

Scherzartikel

Nur so weit Vorrat.

Beilage zu Nr. 304 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 28. Dezember 1904.

Die Geschichte der Schiffahrtsabgaben.

Die Protokolle der **Kanalkommission** des Abgeordnetenhauses sind gedruckt erschienen. Erst aus diesen Protokollen und den darin enthaltenen Erklärungen der Regierung ersieht man, wie kaleidoskopartig die Stellung der Regierung und des Reichskanzlers insbesondere zur Frage der Einführung von Schiffahrtsabgaben sich verschoben hat.

Artikel 54 der Reichsverfassung bestimmt: „Auf allen **natürlichen Wasserstraßen** dürfen Abgaben **nur** für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden.“

Als am 10. Dezember 1903 im Reichstag die Frage der Erhebung von Schiffahrtsabgaben bei der Etatberatung zur Sprache kam, nahm der Reichskanzler **Graf Bülow** Veranlassung, rund und nett zu erklären:

Nach der ganzen Entstehungsgeschichte des § 54 der Reichsverfassung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Verfassungsbestimmungen das Recht der einzelnen Staaten beseitigt werden sollte, auf den deutschen Strömen lediglich für die Befahrung derselben irgendwelche Abgaben zu erheben. Jede Ausnahme von diesem reichsgesetzlichen Grundsatz würde hiernach der **Genehmigung** durch ein **besonderes Reichsgesetz** bedürfen, und zwar, wie bei den Erhebungen über das Gesetz vom 5. April 1886, betreffend die Erhebung einer Schiffahrtsabgabe **auf der Unterweser**, ausdrücklich hervorgehoben wurde, eines Reichsgesetzes, welches im Bundesrat unter Wahrung der Vorschriften des Artikels 78 der Reichsverfassung (Erfordernis einer Zweidrittel-Mehrheit) zu beschließen ist. Dem Bundesrat liegt keinerlei Antrag vor, von dem allgemeinen Grundsatz des Artikels 54 der Reichsverfassung eine Ausnahme zu erwägen und zu beschließen, und es dürfte deshalb auch für das hohe Haus und die beteiligten Erwerbskreise kein Grund bestehen, auf die in der Presse enthaltene Erörterung einer theoretischen Streitfrage einzugehen, welche durch die deutsche Reichsverfassung **dem Gebiete der Reichsgesetzgebung vorbehalten** ist und bei der auch bestehende vertragsmäßige Abmachungen mit den betreffenden Staaten in Betracht kommen würden.

Das war klar und deutlich, deutete keinerlei Meinungsverschiedenheiten an und gab keinem Zweifel Raum.

Als dann aber am 9. November 1904 in der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses Anträge für Erhebung von Schiffahrtsabgaben gestellt wurden — eine Resolution des Abgeordneten am Zehnthoff und ein Antrag zur Aufnahme eines Gesetzesparagraphen für Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein seitens des Abgeordneten Graf zu Limburg-Stirum —, erklärte der anwesende **Minister von Budde**:

Die **preußische Regierung** wolle, sobald als möglich, ihrer Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit der Abgabenerhebung auf den Strömen durch Erlaß entsprechender Tarife praktischen Ausdruck geben. Sie muß anderseits aber auch mit der Tatsache rechnen, daß im Reichstag und bei den beteiligten fremden Regierungen Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob eine solche Abgabenerhebung mit dem Artikel 54 der Reichsverfassung und mit den in Betracht kommenden internationalen Verträgen vereinbar sei. Er müsse deshalb **verneinen**, daß es **taktisch richtig** sei, eine Klausel wegen der Schiffahrtsabgaben auf den Strömen **in das Gesetz selbst** nach dem Antrag des Abgeordneten Graf zu Limburg-Stirum aufzunehmen. „Unsere Stellung gegenüber dem Reiche und gegenüber den anderen Staaten würde empfindlich erschwert sein, wenn wir in das Gesetz etwas hineinschieben, was nicht zweifellos im Rahmen der Reichsverfassung und der internationalen Verträge liegt.“ Für die Resolution des Abgeordneten Dr. am Zehnthoff würde er dagegen glauben, das Einverständnis der preußischen Regierung und des Herrn Reichskanzlers in Aussicht stellen zu können.

Während der Reichskanzler also erklärt hatte, es könne nach der ganzen Entstehungsgeschichte des § 54 der Reichsverfassung keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Verfassungsbestimmungen das Recht der einzelnen Staaten beseitigt werden sollte und jede Ausnahme von diesem reichsgesetzlichen Grundsatz eines besonderen Reichsgesetzes bedürfe, erklärte Herr Budde, „daß im Reichstag und bei den beteiligten fremden Regierungen Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob eine solche Abgabenerhebung mit dem Artikel 54 der Reichsverfassung vereinbar sei.“ Diese Erklärung ermutigt denn auch den Abgeordneten am Zehnhoff, die von ihm beantragte Resolution fallen zu lassen und an Stelle dessen einen die Schiffahrtsabgaben allgemein anordnenden Paragraphen **in das Gesetz aufzunehmen**, folgenden Inhalts:

Mit Inbetriebsetzung des Kanals vom Rhein nach Hannover sind Gebühren zum Ausgleich für die Kosten der Verbesserung und Unterhaltung der natürlichen Binnenschiffahrtsstraßen, soweit diese durch staatliche Aufwendungen eine **über das natürliche Maß hinausgehende** Verbesserung oder Vertiefung erfahren haben, zu erheben.

Dieser Paragraph wird denn auch von der Kommission angenommen, ohne daß weiterhin ein Widerspruch seitens des Ministers Budde erfolgt war.

Am 1. Dezember kam es dann in der Kommission zur **zweiten Lesung**. Minister Budde nahm, wie die „Freie Deutsche Presse“ zusammenstellt, erst gegen Schluß der Diskussion das Wort, indem er erklärte, er sei „heute nicht nur in der Lage, für sich und den Herrn Finanzminister zu sprechen, sondern im Namen des **gesamten Staatsministeriums**, das im Hinblick auf die Bedeutung der Sache **folgenden Beschluß** gefaßt hat“:

Die königliche Staatsregierung ist bereit, die geeigneten Schritte zu tun, um die hinsichtlich der Abgabenerhebung bestehenden Ungleichheiten zwischen den Kanälen und kanalisierten Flüssen einerseits und den natürlichen Wasserstraßen anderseits zu beseitigen, und die dieser Maßregel etwa entgegenstehenden, aus der jetzigen Lage des öffentlichen Rechts entstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Also auch hier im Namen des gesamten Staatsministeriums, einschließlich des Reichskanzlers, **keinerlei Widerspruch** gegen die Aufnahme der Bestimmung über die Einführung von Schiffahrtsabgaben in den Text des Gesetzes selbst. Der betreffende Paragraph wurde denn auch mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus den Mitgliedern der konservativen Parteien und der Zentrumspartei.

Das Ministerium Bülow will die einer Herstellung der Gleichheit „**etwa** entgegenstehenden, aus der jetzigen Lage des öffentlichen Rechts entstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege räumen“. Für das Ministerium Bülow ist es danach noch zweifelhaft, ob Schwierigkeiten vorhanden sind infolge der jetzigen Lage des öffentlichen Rechts. Als öffentliches Recht aber kommen in Betracht ebenso wie Artikel 54 der Reichsverfassung auch die Rheinschiffahrtsakte und die Elbschiffahrtsakte. Es hat in der Kommission nicht das mindeste verlautet, daß die andern Kontrahenten der Rheinschiffahrtsakte und der Elbschiffahrtsakte sich mit der Erhebung der Schiffahrtsabgaben einverstanden erklärt haben. Auch bei der ersten Lesung in der Kanalkommission, deren Verhandlungen bis zur Veröffentlichung des Protokolls am 30. November geheim gehalten worden sind, hat nichts darüber verlautet. Anderseits haben die badische und die hessische Regierung, gestützt auf die Rheinschiffahrtsakte, noch vor wenigen Monaten **gegen** den Plan der Einführung der Schiffahrtsabgaben sich öffentlich auf das entschiedenste erklärt.

Der Reichskanzler hat am 10. Dezember 1903 es als **unzweifelhaft** bezeichnet, daß jede Ausnahme von dem reichsgesetzlichen Grundsatz, wonach für die Befahrung der deutschen Strröme keinerlei Abgabe erhoben werden darf, es **eines besonderen Reichsgesetzes bedürfe**. Beabsichtigt der Reichskanzler nunmehr, zu Gunsten des im Abgeordnetenhaus angenommenen Paragraphen ein solches Reichsgesetz im Bundesrat zu beantragen? Auch darüber hat bisher nicht das Geringste verlautet. Der Bundesrat wird schwerlich gegen den Widerspruch von Staaten wie Baden, Hessen, Bayern und Sachsen, deren Interessen der allgemeinen Einführung von Schiffahrtsabgaben widersprechen, einem solchen Antrag Preußens zustimmen. Im Reichstag kann der Reichskanzler erst recht nicht auf eine Mehrheit für ein solches, den Artikel 54 der Reichsverfassung eliminierendes Gesetz rechnen. Denn die konservativen Parteien und die Zentrumspartei verfügen, selbst wenn sie geschlossen für solche allgemeine Einführung von Schiffahrtsabgaben stimmen sollten, nichts weniger als über eine sichere Mehrheit.

Wahrscheinlich weiß der Reichskanzler selbst noch nicht, was er zu tun oder zu lassen vorhat. Er wird sich aber bald darüber klar werden müssen. Denn nach den Ferien wird der Reichstag eine Interpellation über die Schiffahrtsabgaben zu beraten haben. Es wird sich dann herausstellen, ob die Macht der preußischen Junker schon so weit geht, daß sie aus der Reichsverfassung Paragraphen ausschalten können, die ihnen mißliebig sind. Mit Hilfe oder doch mit Zustimmung des Reichskanzlers, der zum Hüter der Reichsverfassung bestellt ist.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 28. Dezember 1904.

Der Fehltritt des Priesters.

(Zum oberschlesischen Eheirrungs-Skandal.)

Es klingt wie ein Zola'scher Roman, aber viel häßlicher und unversöhnlicher als dort, das, was augenblicklich die Gemüter in Oberschlesien heftig bewegt. **Pfarrer Lissek in Groß-Chelm bei Myslowitz** ist ein Opfer des scheußlichen Zölibats, der erzwungenen Ehelosigkeit, geworden. Wir haben den Sachverhalt bereits kurz geschildert, müssen aber, da der Skandal durch das Verhalten des Priesters und seiner Behörde **nach** dem „Fehltritt“ lebhaft die Oeffentlichkeit beschäftigt, nochmals darauf zurückkommen. Es handelt sich um folgendes:

Der **Gutsbesitzer und Amtsvorsteher** in einem bei **Myslowitz** gelegenen Dorfe hatte am 21. November **seine Gattin im zärtlichsten, intimsten Tete-a-tete mit einem Geistlichen ertappt**, nach einer erregten Auseinandersetzung mit den Schuldigen Anstalten getroffen, daß die Mutter seiner z. T. erwachsenen Kinder sofort das Haus verließ, und die Scheidungsklage angestrengt. Der Herr Pfarrer trat alsbald eine Reise nach Patschkau an. Am 1. Dezember schreibt er von seiner Pfarrei aus an den Amtsvorsteher einen Brief. Ueberschrift: „Mein lieber, guter Paul!“

Im „Oberschl. Tagebl.“ werden nun folgende Stellen aus diesem Briefe veröffentlicht:

„Ich leide und dulde schweigend und gräme mich zu Tode darüber, daß mich mein Freund verkennt und verdammt. Wenn Du wüßtest, wie sich die ganze Sache eigentlich verhält, würdest Du mich nur bedauern, daß ich **einer Person** (gemeint ist die verführte Frau! D. Red.), die sich nie beherrschen konnte, zum Opfer gefallen bin. Vor **dieser Person**, die Du ja eigentlich besser kennen mußtest, **hättest Du mich eigentlich warnen müssen**. Ich habe nämlich in meiner Einfalt auch **dieser Person** gegenüber immer edel gehandelt ...... Warum soll denn gerade ich **dieser Person** zum Opfer fallen? Wäre ich freilich über dieselbe ebenso gut unterrichtet gewesen, wie ich es heute bin, es wäre nicht so weit gekommen. Es hätte aber noch schlimmer kommen können, wenn ich **allen Vorspiegelungen Deiner Frau** Glauben geschenkt hätte. Ich bin jetzt überzeugt, daß Deine Frau es mit mir niemals aufrichtig gemeint hat, sonst hätte sie sich bemüht, jedes Stäubchen von Ehrverletzung von mir dadurch abzuwenden, daß sie mich auf alles mich und meine Ehre Schädigende offen aufmerksam gemacht hätte. Statt dessen hat sie es aber umgekehrt gemacht; wenn ich ihr Vorhaltungen gemacht habe, hat sie einfach alles bestritten, damit mir ja nicht die Augen geöffnet würden, damit ich ihr nicht den Rücken kehre. Mein lieber Paul, ich werde, solange mich Deine Frau

Aus aller Welt.

Die Knute in Amerika. Wie die Amerikaner im Lynchgericht ein summarisches Verfahren belieben, so neigen sie auch sonst auf dem Gebiet der Justiz zu Radikalkuren. Es giebt wenig eigentliche Verbrechen, auf die nicht von Zeit zu Zeit ein Gesetzgeber die Todesstrafe setzen möchte, wie zum Beispiel vor einigen Jahren der sehr humane Senator Hoor von Massachusetts einen Kongreßantrag auf hochnotpeinliche Ahndung der Eisenbahnberaubung stellte. In der Wertschätzung der Uebeltaten machen sich wohl noch heute in den verschiedenen Staaten Unterschiede bemerkbar. Ein köstliches Geschichtchen aus der Rekonstruktionszeit, als in den Südstaaten die Schwarzen das Regiment führten, läßt einen farbigen Friedensrichter an der Grenze von Texas und Arkansas ein salomonisches Urteil fällen: Ein Weißer hatte einen Mann totgeschlagen und sein Maultier gestohlen, und der Richter fragte ihn, nach welchem Recht er abgeurteilt werden wolle, nach dem texanischen oder dem von Arkansas. Der Angeklagte wählte das letzte, und der Richter entschied: „So nehme ich Sie in Geldstrafe für das Maultier und für den Mord hänge ich Sie.“ — „Nein“, rief der entsetzte Verbrecher, „ich wollte Texasrecht.“ — „Auch gut“, war die Antwort, „dann kommen Sie mit einer Geldstrafe für den Mord ab und werden für den Diebstahl gehängt.“ Tatsächlich wurde vormals im ganzen Westen der Pferde-Diebstahl von der öffentlichen Meinung als ein ebenso schweres, ja nicht selten schwereres Verbrechen angesehen, als der Totschlag. Ebenso seltsam mutet es an, daß noch heute in dem kleinen Staate Delaware und in Maryland die Auspeitschung auf Richterspruch vorgenommen wird, worüber die Tagesblätter immer von Zeit zu Zeit kurze Mitteilungen zu machen haben. Auch scheint es keineswegs, als ob dies als ein bloßer mittelalterlicher Rest betrachtet werden müsse. Nicht nur in Virginien ist schon häufig der Antrag auf Wiedereinführung dieser Bestrafungsart gestellt worden, sondern auch in dem ganz modern verwalteten Bundesdistrikt mit der Hauptstadt Washington. Vor sieben Jahren trat zum Beispiel der Polizeichef Moore von Washington mit diesem Vorschlag hervor zur Bestrafung von Sittlichkeitsvergehen — auf die schwersten Formen der Unzuchtsverbrechen steht in vielen Unionstaaten der Tod —, und einige Jahre vorher (1895) hatte eine Jury in Washington diese Bestrafung für kleine Diebstähle und für Männer, die ihre Frauen schlagen, gefordert. Ja die Frage ist seither stets erörtert worden, und nunmehr hat sich sogar Präsident Roosevelt in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß, wo er von den Bedürfnissen Washingtons redet, dafür ausgesprochen. Er meint, der Mann, der seine Frau prügele, werde häufig eine Gefängnisstrafe leichten Herzens hinnehmen, was das Los seiner Ehefrau noch schwerer machen könne. Für Grausamkeit und Brutalität gegen die Schwachen sei ein anderes Strafmittel erforderlich, und vielleicht treffe eine Form der körperlichen Züchtigung das richtige.

Strafbare Körperverletzung durch den Arzt. Vom Landgerichte Bremen ist am 3. Mai der Arzt Dr. med. Paul Kaphengst wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer **längeren Gefängnisstrafe** verurteilt worden. Ein Arbeiter R., der an einem Knieleiden litt, wurde an den Angeklagten als den zuständigen Kassenarzt verwiesen. Entgegen dem Wunsche des R., im Krankenhause operiert zu werden, bestimmte Dr. K., daß er in seinem Sprechzimmer operiert werden solle. Dies geschah; Dr. K. ließ danach den Patienten allein die Treppe hinunter und zur Straßenbahn gehen. Der Aufforderung, den Patienten zu besuchen, leistete Dr. K. längere Zeit hindurch keine Folge. Als er endlich in Begleitung des Dr. H. kam, zeigte es sich, daß eine Eiterung denkbar schlimmster Art entstanden war, die sich bis in den Oberschenkel hinaufzog. Es wurde ein komplizierter Eingriff nötig, und der Patient, der sich der neuen Operation im Krankenhause unterzog, schwebte sechs Wochen in Lebensgefahr. Das Knie ist steif geblieben und R., der nur mit einem Stocke gehen kann, hat noch immer Schmerzen im Knie. Das Gericht hat die Fahrlässigkeit des Angeklagten darin erblickt, daß er die Operation in seinem Sprechzimmer ohne genügende Vorbereitung und Desinfektion der Instrumente und Verbandsstoffe vorgenommen hat. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte **verworfen**.

Alte Leute in der Schweiz. Das eidgenössische statistische Bureau hat die Zahl derjenigen Einwohner der Schweiz festgestellt, die am 1. Dezember 1900 **mehr als 90 Jahre alt** waren. Ferner ist festgestellt worden, wieviel von diesen Personen bis Ende November gestorben sind. Danach haben am 1. Dezember 1900 **563 Personen** gelebt, die über 90 Jahre alt waren, die älteste war 1799 geboren. Von den Verstorbenen haben vier das hundertste Jahr erreicht, die älteste, eine Frau im Wallis, war 102 Jahre alt geworden. Von den 563 Personen, die 1900 90 Jahre alt waren, leben heute noch 27 Männer und 52 Frauen, zwei Frauen darunter sind über 100 Jahre alt, die eine, Frau Therese Bertina-Alberti in Mairengo (Tessin), ist geboren den 3. Mai 1800, mithin 104 Jahre alt, die andere, Frau Munsinger-Gürtler in Basel, ist am 14. Juli dieses Jahres 100 Jahre alt geworden.

Nach Unterschlagung von Kirchengeldern in Höhe von 23,000 Mark ist, wie aus **Hanau** berichtet wird, der **katholische Pfarrer Goldbach** der Gemeinde Hauswurz im Kreise Fulda seit einigen Tagen mit seiner Haushälterin **verschwunden**.

Ein Revolverjournalist. Der ehemalige Bahnbedienstete, jetzige „Journalist“ Max Waibel von Wörishofen war zu einer dortigen Villenbesitzerin gekommen mit der Drohung, er werde die Gründe, die zur Aufhebung ihrer Verlobung führten, in die Zeitungen bringen, wenn sie ihm nicht 40 bis 50 Mark zahle. Sie ging auf sein Ansinnen erst ein, als er sich bis auf 4 Mark hatte herunterhandeln lassen. Wegen einer gleichen Erpressung an der Freifrau von Leoprechting ist Waibel schon zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Jetzt lautete das Urteil auf 6 **Monate Gefängnis**. Auch wurde seine sofortige Verhaftung angeordnet.

Was alles unter den Hammer kommt. Die Londoner haben in diesen Tagen das merkwürdige Schauspiel erlebt, der Versteigerung der Toilette einer Königin beizuwohnen. Das war gewiß eine der seltsamsten „Nummern“, die einem Auktionator unter den Hammer kommen konnte; aber er ist in seinem Berufe an Ueberraschungen gewöhnt. So wurde erst vor wenigen Wochen in Tokenhouse Yard ein **Kanal** in öffentlicher Auktion ausgeboten. Es handelte sich, wie eine englische Wochenschrift erzählt, um den Basingstoke-Kanal; aber obgleich hervorgehoben wurde, daß der Kanal 27 englische Meilen lang wäre, 29 Schleusen habe, durch die malerischste Gegend Englands führe und eine jährliche Nettoeinnahme von 100,000 Mk. bringe, wurde kein einziges Gebot darauf abgegeben, und die „Nummer“ mußte zurückgezogen werden. Daß eine **ganze Stadt** unter den Hammer kommt, ist auch kein alltägliches Vorkommnis. Im September wurde die kleine Stadt Winthrop Harbour in den Vereinigten Staaten meistbietend versteigert und nach lebhaftem Bieten schließlich einem Mr. J. H. van Vlissingen für 138,771 Mk. zugeschlagen. Der Ort grenzt an die berühmte „Stadt Zion“ des Propheten Alexander Dowie; man glaubt, daß Vlissingen ihn in seinem Namen gekauft hat. Alle Wohnhäuser und anderen Gebäude werden niedergerissen, um neuen Platz zu machen. Die bisherigen Bewohner von Winthrop Harbour verließen den Ort so schnell wie möglich; jetzt ist er völlig ohne Einwohner. Einen **alten Friedhof** kaufte vor einigen Jahren James G. Taylor aus Westchester in Pennsylvanien. Wieviel er dafür bezahlte, weiß man nicht. Ursprünglich sollte der Friedhof versteigert werden, aber das Angebot wurde zurückgezogen und Taylor erwarb ihn freihändig. Seitdem hat er Tausende zu seiner Verschönerung ausgegeben und „Taylors Gottesacker“, wie er allgemein heißt, gehört zu den schönsten Orten der ganzen Gegend. Zur Erinnerung an Mr. Taylor wurde ein prächtiges Denkmal errichtet, das Werk eines italienischen Bildhauers. Das Denkmal besteht aus einem Säulenschaft mit einer lebensgroßen Statue von Mr. Taylor in kniender Haltung; die Gestalten Christi, der Jungfrau Maria und des Lazarus aus weißem Marmor umgeben sie. Mr. Taylor verbringt seine Zeit größtenteils auf dem Friedhof, der täglich von Hunderten Neugieriger besucht wird. Er hat bestimmt, daß sein Leichnam nach seinem Tode zum Gefrieren gebracht und dann in sein schon fertiggestelltes Grabgewölbe gelegt wird; auch seinen Grabstein hat er bereits ausgewählt, der ganz glatt und nur mit einer einfachen Inschrift geschmückt ist. In seinem Testament sind bedeutende Summen ausgeworfen, um den Friedhof und seine Gräber bis hundert Jahre nach seinem Tode in Ordnung zu halten. Im Oktober wurden in New York **alte Grabsteine und Grabgitter** verauktioniert und zwar auf dem St. Peterskirchhof. Der Auktionator ging von einem Grabstein zum anderen und zählte die Schönheiten eines jeden

nicht öffentlich angreift, selbstverständlich zu allem schweigen. Dir, als einem durch und durch edlen, biederen Charakter, mute ich einen solchen Angriff gar nicht zu. Sollte sich aber Deine Frau in ihrem wahren, **vor keiner Schlechtigkeit zurückschreckenden Charakter** auch mir gegenüber zeigen, dann bin ich moralisch gezwungen, mein.. in den tiefsten Schmutz und Mist getretene Ehre und die **Ehre meines Standes** zu schützen, was mir durchaus nicht schwer fallen wird. Meine **vorgesetzte Behörde** wird mich, wenn ich ihr den wahren Sachverhalt schildere, nur noch lieber gewinnen und mich noch mehr achten. Welchen Kummer, welche Schmach hätte ich derselben bereitet, wenn ich auf die **wahnsinnigen Wünsche einer weiblichen, hysterischen Person** eingegangen wäre! Ich will lieber alles Kreuz über mich ergehen lassen, als meinem Berufe untreu werden."

Der als moderner Joseph frisierte Pfarrer stellt sich somit als völlig engelsrein hin und schiebt alle Schuld auf die Potiphar des Hauses: er sei das Opfer des berechnenden Weibes geworden. Doch das Schreiben ist noch nicht zu Ende. Nachdem er die Schlechtigkeit des Weibes in grellen Farben gemalt, bittet er den „Freund" um Schonung, er möge ihn doch nicht um Amt und Würden bringen, und fährt dann fort:

Was werden die Regierung und das Ministerium selbst dazu sagen, da sie gerade mir zu Liebe das große Pfarrhaus hier bauen ließen ... Ich kann hier doch nicht wie ein Dieb aus einer Parochie fliehen, in der ich kein Verbrechen begangen habe ... Der **liebe Gott** wird Dir über alles hinweghelfen und Dich segnen, wenn Du Ruhe und Geduld bewahrst. In patientia possidebitis animas vestras. In treuer Wertschätzung Dein alter, **stets dankbarer Alex.**

Soweit Herr Alex, der Unschuldsvolle. Demgegenüber zitiert der Gewährsmann des obengenannten Blattes etwas aus einem Briefe, der von der verführten Gattin stammt. Gebrochen, blutenden Herzens hatte sie inzwischen ein reumütiges Geständnis abgelegt und in die Ehescheidung gewilligt. Welche dämonische Gewalt der schuldige Geistliche auf das arme betörte Weib ausgeübt hat, geht wohl am besten aus folgenden Worten hervor, die sie an den juristischen Sachwalter ihres Mannes gerichtet hat:

... Ich sehe meine Schuld vollständig ein ... aber ich bin ja von dem betreffenden Herrn **direkt systematisch verführt** worden, indem er mich erstens von allem Verkehr mit den uns bekannten und befreundeten Familien abhielt und, als ihm dies gelungen war, entfremdete er **mich** nach und nach meinem Manne und zum Schluß **verbot er mir direkt, mit meinem Manne ehelich zu leben ...**

Ein weiterer Brief stammt von einem Amtsbruder des Verführers und Beleidigenden; darin wird als der „Schuft, der Verführer" deutlich der Herr L. bezeichnet und mitgeteilt, daß der Geächtete die Freundschaft mit dem Gatten der Frau in dessen Abwesenheit „in der unverschämtesten Weise mißbraucht und ausgenützt" habe.

Soweit ist die Sache ohne besonderes Interesse, obwohl auch das schon trefflich die Zentrumsmoral illustriert, daß der ritterliche Leib- und Seelsorger seine Geliebte schnöde verleugnet, öffentlich preisgibt und frech beschimpft. Aber: Der Herr ist und bleibt nach wie vor eine **Leuchte des Zentrums!** Es heißt darüber im „O. T.":

„Auf das Schreiben des schuldigen Geistlichen hin wurden nunmehr, gerade weil er das starke Stück fertig bekommen hatte, alle Schuld auf das schwache Weib zu häufen, bei der Behörde, deren oberste Spitze **Kardinal Fürstbischof Dr. Kopp** in Breslau ist, unverzüglich die species facti eingereicht, wobei der betrogene Ehemann seiner Eingabe, die er persönlich dem Prälaten in Breslau übergab, die inständigste Bitte angefügt hatte, dafür Sorge tragen zu wollen, daß der Räuber seiner Ehre und Zerstörer seines Familienglücks alsbald in ein anderes Amt versetzt werde. Tage, Wochen vergingen. Von Breslau traf **kein Bescheid ein!** Schließlich wurde der Herr noch einmal persönlich vorstellig im Dom zu Breslau. Vergeblich. Er kam vor verschlossene Türen. Man zuckte die Achseln und tat zugeknöpft bis zum Halse hinauf. Verzweifelt kehrte der bedauernswerte Mann zurück und wandte sich an den Erzpriester von Mokrau bei Nikolai. Wohl fand er hier eine offene Tür und geneigtest Ohr, aber im übrigen vertröstete man ihn auf den instanzenmäßigen Weg: mit der Versetzung gehe es nicht so schnell."

Es wird ferner mitgeteilt, daß die glückliche Ehe des Amtsvorstehers, bevor sie der Priester zerstörte, über 20 Jahre alt gewesen sei und daß der Herr Pfarrer sogar die Stirn habe, öffentlich **von der Kanzel herab** (!) gegen den Ehemann sich „verteidigt" — so sehr, daß die vom Klerus fanatisierte Bevölkerung gegen den Betrogenen Partei ergreife, eine drohende Stellung ihm gegenüber einnehme usw.

Wir teilten bereits mit, daß sich die klerikale Presse vollständig über den Fall ausschweigt. Das wird jedem verständlich, der die Verlogenheit und Unehrlichkeit der katholischen Blätter namentlich in Schlesien kennt und der folgendes Eingesandt im „O.-T." liest:

Herr Pfarrer Lissek liegt mit großem Erfolge germanisatorischen Bestrebungen ob (war Begründer eines Kriegervereins und im Besitze eines Dankschreibens vom — General Spitz. Red.), erfreute sich bis dahin einer großen Beliebtheit und ist bei Regierung und Behörde persona grata. Das letztere beweist schon der Umstand, daß man ihm ein prachtvolles Palais zu seiner Benützung in Groß-Chelm erbaut hat. Das Scheiden von seinem Amte, das dem Geistlichen sage und schreibe: **mindestens 20,000 Mark** einbringt, fällt ihm ungemein schwer. Der Ehemann lebt, um Unannehmlichkeiten, die von jener Seite ausgeben, zu vermeiden, zur Zeit getrennt von seinen Kindern. Schmerzlich ist es für mich und alle Bewohner von Groß-Chelm, die zu denken verstehen, wenn wir sehen, daß der Mann, der es gewagt hat, eine ganze Familie unglücklich zu machen, der von der Heiligkeit der Ehe salbungsvoll predigt, sich selbst aber mit leichten Worten ohne Gewissensbedenken darüber hinwegsetzt, nach wie vor noch in seinem Amte wirkt. Aus den Briefen der beiden Schuldigen geht deutlich hervor, daß nach dem Grundsatz des kanonischen Rechts (nudus cum nuda, solus cum sola) gemeiner Ehebruch gefolgert werden muß. Die Ehescheidung ist in die Wege geleitet. Es steht zu erwarten, daß der Pfarrer auch wegen Ehebruchs, eines Vergehens, auf das bekanntlich Gefängnis steht, von den ordentlichen Gerichten zur Verantwortung gezogen wird. Wie unedel hat er gehandelt! Die, die ihm ihr alles gegeben, überhäuft er mit Schimpf und Schande, beschuldigt er der Verführung und schildert sie (in dem Briefe an den Ehemann) in den schwärzesten Farben, anstatt nach seinem pikanten Abenteuer sich als ganzer Mann zu zeigen und ohne Erwägung für sie einzutreten und die Konsequenzen aus seiner Handlungsweise zu ziehen. Wenn ihm noch ein Funke von Ehrgefühl inne wohnte, so müßte er selbst das Konsistorium bitten, ihn so schleunigst wie möglich von seinem Amt, das er beschmutzt, zu suspendieren. ...

Aber die Art und Weise, wie sich Lissek nach der Tat benimmt, schreit zum Himmel. Jetzt, nachdem er ein schwaches Weib verführt und ins Verderben gebracht, jetzt macht er den eigenen Mann dafür verantwortlich, daß er ihn vor seinem Weibe nicht gewarnt, und nennt die Genossin seines Vergehens eine Circe! Er, der das arme Weib wie eine Zitrone ausgepreßt (man spricht auch — Privatbriefe an die Frau ergeben das — von finanziellen Opfern, die sie ihm gebracht) schleudert sie jetzt von sich wie einen nassen Sack und sucht sich als die verfolgte Unschuld hinzustellen. Statt dessen bleibt er ruhig im Dorfe, als ob nichts geschehen, ja, **predigt noch von der Kanzel herab gegen die Familie, der er die Ruhe geraubt.** Schon hat sich der Bevölkerung eine gewisse Unruhe bemächtigt. Was soll werden, wenn erst der ganze Sachverhalt bekannt wird?

Wer ist, der Phantasie genug hätte, ein noch getreueres **Kulturbild von dem vom Zentrum beherrschten Oberschlesien** zu zeichnen? Gewalt, Unritterlichkeit, Rücksichtslosigkeit und Drohung mit der ewigen Verdammnis. Das sind die Mittel, mit deren Hilfe sich der ehebrecherische Priester die „Gerüchte" vom Leibe hält. Dieselben Mittel, die das Zentrum zur Niederknüppelung der „ehezerstörenden" Sozialdemokratie anwendet. Es gehört ein eiserner Besen dazu, Schlesien auch von dieser Eiterbeule zu befreien.

* * *

Kattowitz, 28. Dezember. Wie das „O. T." mitteilt, ist jetzt endlich die förmliche kanonische Untersuchung gegen Pfarrer Lissek eingeleitet worden.

---

* **Eine „Aufforderung zum Ungehorsam"** soll Genosse Robert **Albert** begangen und damit gegen den äußerst dehnbaren § 110 St.-G.-B. verstoßen haben. Als Redakteur der Magdeburger „Volksstimme" hatte er am 6. November den „Militarpersonen des Beurlaubtenstandes" auf Anfragen den Rat gegeben, die Anfrage des Bezirkskommandos Aschersleben, ob sie Lust hätten gegen die Hottentotten zu kämpfen, nicht zu beantworten. Bekanntlich können die Freiwilligen zum Dienst in Südwestafrika nicht gezwungen werden. Trotzdem erblickt darin der Staatsanwalt „Aufforderung zum Ungehorsam" und hat unsern Genossen am Weihnachtsheiligabend mit der Anklageschrift „beglückt". Die Verhandlung findet vor dem Landgericht Magdeburg statt.

* **Germanisierung durch gesellschaftliche Tyrannei!** Ueber die zur „Pflege des Deutschtums" von „oben" durch Vorbild empfohlene gesellschaftliche Sklaverei wird dem konservativen „Grenzboten" von einer mit den Verhältnissen in „unserer Ostmark" Vertrauten in drastischer Weise geschrieben, in die junge Häuslichkeit des Amtsrichters oder Oberlehrers werfe die übertriebene Gesellschaftlichkeit des Ostens sehr bald düstere Schatten. Um die Zeit des Laubfalles ergieße sich eine immer höher anschwellende Flut von Einladungen in den Briefkasten für den Hausherrn zu einem Glase Bier, für die Hausfrau zu einem Täßchen Kaffee, oder für beide unter der bescheidenen Zweckbestimmung zu „einem Teller Suppe". Wehe dem, der es merken lasse, daß er gesonnen sei, nicht mitzutun! Er werde von befreundeter Seite oder an amtlicher Stelle daran erinnert, daß für Familien von Rang und Stand die gesellschaftlichen Pflichten zugleich Amtspflichten bedeuteten, dann bespöttelt, über die Schulter angesehen, am „offiziellen" Stammtische zugeknöpft behandelt, und schließlich sehe er sich vereinsamt und gewahre, daß er gesellschaftlich unmöglich geworden sei. Die Versetzung in ein weltverlorenes Nest, wo Stumpfsinn blüht oder der Alkoholteufel des Ungarweins lauere, pflege der Schluß des sozialen Kleindramas zu sein. Für den mit Glücksgütern nicht Gesegneten sei die Sache auch pekuniär drückend, denn jeder müsse im Verlaufe zweier Winter mindestens eine große Gesellschaft geben; dafür und für Toiletten, Trinkgelder, Mietwagen 2c. reiche das Anfangsgehalt der höheren Beamten nicht aus. Auch der Dienst leide, wenn ein Beamter im Winter wöchentlich oft mehr als dreimal gezwungen sei, bis in die tiefe Nacht zu tafeln. Diese des gebildeten Deutschen unwürdigen Mißstände müßten abgestellt, diese Tyrannei einer falschen Geselligkeit gebrochen werden! U. s. w.

Der Mahnruf wird ungehört verhallen. Gesichtsschmarren und Teeabende gehören nun 'mal zu den Requisiten Bülow'scher „Heimat"politik. Wenn der Beamte sich nur gut verbeugen, schlagen und Schulden machen kann — das andere ficht die Germanisierungskünstler wenig an!

* **Zu Schillers hundertstem Todestage.** Der erweiterte Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. und der Vertrauensmann der Frankfurter freien Gewerkschaften haben in gemeinsamer Sitzung beschlossen, den 9. Mai 1905, den hundertsten Todestag Friedrich Schillers, festlich zu begehen. Ein aus Vertretern aller Gewerkschaften gebildetes Komitee, welches demnächst in öffentlicher Versammlung gewählt werden wird, soll die nötigen Schritte einleiten und eventuelle Wünsche aus den Reihen der organisierten Proletarier entgegennehmen, um die Feier des ewig lebenden großen Toten zu einer ernsten und würdigen zu gestalten. Die 14,000 organisierten Arbeiter Frankfurts sollen zeigen, daß das schönste Denkmal für den großen deutschen Freiheitsdichter die Liebe des ganzen Volkes ist. — Das löbliche Beispiel verdient überall Nachahmung. Die klassenbewußte Arbeiterschaft darf es nicht dem Bürgertum überlassen, den großen Dichter, dessen große sittlichen Prinzipien das Bürgertum längst verleugnet hat, allein zu ehren.

* **Eine Gaukonferenz der organisierten Müller** tagte hierselbst am 1. Weihnachtsfeiertage. Vertreten waren auf derselben Breslau, Brieg, Freiburg und Görlitz. Nicht vertreten die Filiale Landeshut des Mühlenarbeiter-Verbandes.

Dem Bericht des Gauvorstandes und der Delegierten war zu entnehmen, daß zwar die Organisation in der Provinz noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, immerhin aber doch bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen sind. Neu gegründet wurden im Jahre 1904 die Zahlstellen Brieg und Freiburg. Eine Anzahl weiterer Neugründungen stehen in Aussicht und sind hierzu bereits geeignete Vorarbeiten unternommen worden. Die Zahlstelle Breslau zählt gegenwärtig etwa 200 Mitglieder. Die Zahl der in den anderen Zahlstellen der Provinz Organisierten beläuft sich auf ca. 100. Das Resultat einer längeren Debatte über die Berichte und den Punkt „Agitation" war die Annahme eines Antrages an den Hauptvorstand, durch den dieser ersucht wird, bei Anstellung von Gauleitern Schlesien besonders zu berücksichtigen.

Hierauf beschäftigte sich die Konferenz mit der Regelung des Arbeitsnachweises. Hierbei wurde ein Antrag angenommen, der dem Gauvorstande, der in Breslau seinen Sitz hat, aufgibt, dafür zu sorgen, daß der Breslauer Arbeitsnachweis so gestaltet wird, daß durch ihn auch Stellen nach der Provinz vermittelt werden. Unter „Verschiedenes" wurde lebhafte Klage über die sehr geringen Löhne geführt, sowie über die Dauer der Arbeitszeit und zwar nicht nur an Wochentagen. Selbst die bundesrätlichen Bestimmungen, nach denen Windmühlen und solche Wassermühlen, die an Wasserläufen mit unregelmäßiger Kraft liegen, sich an 26 Sonntagen im Jahre im Betriebe befinden dürfen, werden fortgesetzt übertreten, indem Sonntagsarbeit in unzulässigem Umfange anzutreffen ist.

Die Gaukonferenz erbrachte den Beweis, daß die Müller noch ein gut Stück Weges vor sich und alle Kräfte zur Erreichung ihrer Ziele anzuspannen haben.

* **Erweiterung des Elektrizitätswerkes.** Bei den städtischen Elektrizitätswerken hat, wie mitgeteilt wird, der Stromverbrauch derart zugenommen, daß die Verwaltung vor der Notwendigkeit einer abermaligen Erweiterung der Werke steht. Wie die „Schles. Ztg." hört, sollen bei der Erweiterung dieses Werkes anstelle von Dampfmaschinen, die bisher als Motoren für derartige Zwecke dienten, Dampfturbinen gewählt werden. Ebenso soll eine neue Unterstation im Nordosten der Stadt errichtet werden, um dem dort schon seit Jahren aufgetretenen lebhafter Bedürfnis nach elektrischem Licht genügen zu können. So

---

Rom. Die Stadt hatte beschlossen, die Allee, die an dem Kirchhof vorbeiführt, zu verbreitern, und zu diesem Zweck mußte ein Teil des Friedhofs benutzt werden. Alle, die dort noch Angehörige zu liegen hatten, wurden entschädigt, die Leichen wurden auf Kosten der Stadt auf den andern Teil des Friedhofs gebracht. Dafür hatte die Stadt auch einen Anspruch auf die Grabsteine und Gitter, und so wurden sie an den Meistbietenden versteigert. Der Ertrag war aber nicht groß. Im September kam ein berühmtes amerikanisches Schlachtfeld unter den Hammer. Gaines' Mill bei Cold Harbour in Hanover County, wo im Juni 1862 der historische Kampf zwischen Stonewall Jacksons Leuten und den Truppen der Nordstaaten unter General Fitzjohn Porter stattfand. Für das historische Schlachtfeld wurde aber keine genügende Summe geboten; es wurde daher zurückgezogen und freihändig verkauft.

Unfall im Theater. 10 Minuten vor Beginn der Vorstellung „Der Familientag" im Stadttheater zu Magdeburg stürzte vom 3. Rang ein Logenschließer ab und blieb tot auf dem Platze liegen.

Schwere Folgen eines Streites. Wie aus Hannover mitgeteilt wird, fand sich am 1. Weihnachtsfeiertag Abends in einem Hause am Schiffgraben eine Privatgesellschaft zusammen. Ein Bulgare, der mit zu den Gästen zählte, geriet bei einem Gespräch über den russisch-japanischen Krieg derart in Aufregung, daß er zum Revolver griff, auf den Gastgeber einen Schuß abfeuerte und ihn so am Halse verwundete, daß er in eine Privatklinik gebracht werden mußte. Nachdem noch der Bulgare auf die Frau des Gastgebers einen Schuß abgefeuert hatte, der aber nicht traf, stieß er sich selbst durch einen Stich in die Lunge.

Eine blutige Weihnachtsfeier. In Gramport (West-Virginien) tanzte nach der festlichen Weihnachtsfeier ein Bursche mit einem Mädchen, dessen Begleiter er nicht zuvor um die Erlaubnis ersucht hatte. Es kam zu einem Revolvergefecht, wobei vier Personen getötet und eine Anzahl verwundet wurden.

Flammentod. In Oldtown (Maryland) brannte infolge einer Explosion von Erdöl ein Schuppen nieder, in dem 50 Bahnarbeiter untergebracht waren. Einer, der Slowenier Kimarich, ist dabei mit Frau, Kind und zwei Schwägerinnen umgekommen. Es wird ein Verbrechen vermutet.

Der Moorbrand im havelländischen Luch, der im Juni d. J. ausbrach und durch Menschenkräfte nicht erstickt werden konnte, hat jetzt nach sechsmonatiger Dauer aufgehört, nachdem wohl im Innern alle brennbaren Stoffe vernichtet worden sind. Da schließlich auch die Forsten verschiedener Nachbargemeinden, wie Börnicke, Grünefeld, Paaren, Perwenitz bedroht waren, so begann man, die weitere Ausdehnung des Feuers durch Gräben zu hindern, die um das brennende Moor gezogen wurden. Hierbei stieß man in einer Tiefe von etwa zwei Metern auf einen unterirdischen Eichenwald, der Bäume von riesenhaften Dimensionen aufweist. Die auch an der Krone noch gewaltigen Stämme waren so hart wie Eisen und leisteten sogar noch so scharfen Aexten zähen Widerstand.

Eine Familientragödie. Am 27. Dezember tötete der Kaufmann Otto Hertel in Nordhausen seine Frau und beiden Kinder im Alter von 13 und 11 Jahren, indem er ihnen die Kehle durchschnitt. Dann verübte er Selbstmord. Der Beweggrund der Tat ist nicht bekannt.

„Erstklassige Menschen." Graf Hans v. Kalckreuth in München wurde wegen Wechselfälschungen auf den Namen eines Professors an der Kunstgewerbeschule verhaftet.

Beim Eislaufen ertrunken. Beim Eislaufen in den Tongruben bei Speicher nahe Trier ertranken sieben Knaben im Alter von 6 bis 15 Jahren.

Schändung der Luther-Eiche zu Wittenberg. Bekanntlich hat Martin Luther am 10. Dezember 1520 vor dem Elstertore in Wittenberg die päpstliche Bannbulle verbrannt. An dieser geschichtlich denkwürdigen Stelle hat vor etwa 60 Jahren dankbare Gesinnung eine Eiche gepflanzt, die sich im Laufe der Zeit zu einem hochragenden, [illegible] Baume mit einem fast [illegible], mächtigen Stamme entwickelt hat.

In der „stillen, heiligen Nacht" haben nun einige Leute die Rinde dieses Baumes, der innerhalb einer gärtnerischen Anlage mit einer eisernen Einfriedigung versehen ist, etwa einen Meter über dem Erdboden ganz angesägt! Glücklicher Weise ist jedoch bei dem gewaltigen Umfange des Baumstammes dieser Durchschnitt nur zu zwei Dritteln gelungen. Ein Drittel ist unverletzt geblieben. Aber der Schnitt durch die harte, feste Rinde mit dem darunterliegenden für die Ernährung des Baumes so wichtigen Gewebe ist immerhin stellenweise zwei bis drei Zentimeter tief, so daß er eine nicht unwesentliche Gefahr für das weitere Wachstum des Baumes bedeutet. Die ganze Art der Ausführung deutet auf wohlüberlegte Absicht hin. Die Verüber haben — und das ist zu beachten — nicht die der Luther-Eiche gerade gegenüberstehende Bismarck-Eiche ausgesucht, obwohl deren geringerer Umfang viel mehr Aussicht auf Erfolg geboten hätte. Somit liegt der Schluß nur zu [illegible].

Die gewichsten Hühnerbeine. Von der Dirschauer Geflügelausstellung weiß die „Marienb. Zeitung" zu berichten: Bei seinen auf der Dirschauer Geflügelausstellung ausgestellten Hühnern hatte ein Aussteller der Natur mit gutem Erfolge nachgeholfen. Dieser hatte einen Hahn und zwei Hühner ausgestellt, Prachtexemplare ihrer Gattung. Sie waren denn auch von den Preisrichtern so hoch bewertet worden, daß ihnen ein erster Preis und ein Ehrenpreis zuerkannt wurden. Natürlich fanden die hochprämiierten Exemplare ganz besondere Beachtung und namentlich die Besucher mit „Kennerverstand" wandten diesen Tieren ihr besonderes Interesse zu. Und so blieb es nicht aus, daß die viel angestaunten Tiere auch mal, trotz strengen Verbots, angefaßt wurden. Unangenehm berührt waren die Herren aber, als sie vollkommen geschwärzte Finger aus dem Stall zogen. Das fiel natürlich auf, bis eine genaue Untersuchung ergab, daß der Aussteller, um auch den Beinen ein recht vorteilhaftes Aussehen zu geben, diese sorgfältig gewichst hatte. Natürlich hatte die Geschichte ein Nachspiel: dem Herrn Aussteller ist der bewilligte Preis wieder entzogen worden.

sollen beispielsweise die Universitätskliniken durchweg elektrisches Licht erhalten, ebenso die im Bau befindliche Irrenanstalt an der Auenstraße. Ein bestimmter Platz für die neue Unterstation ist noch nicht gewählt: — Die Stromentnahme bei den Elektrizitätswerken war in diesem Jahre so bedeutend, daß aller Voraussicht nach die Ueberschüsse der Werke recht erfreulich sein werden.

* **Der Schlachtzwang** tritt nun auch ab 4. Januar 1905 in den beiden früheren Landgemeinden Herdain und Dürrgoy in Kraft.

* **Schluß der Oberschiffahrt.** Amtlich wird bekannt gemacht: Nachdem starker Frost eingetreten ist und sich bereits Grundeis in der Oder gebildet hat, ist heut mit dem Legen der Wehre auf der Strecke Kosel—Neissemündung begonnen worden.

* **Vermißt** wird seit dem 20. d. M. das 15 Jahre alte Mädchen Karoline Kutscherra, Reuschestraße 47/48.

* **Verirrt** angetroffen wurde am 25. d. M. auf der Lessingstraße ein 3 Jahre altes Mädchen, welches von dem Tischler Wenzel, Lessingstraße 9, in vorläufige Pflege genommen wurde.

* **Von der Straße.** Am 25. d. M. Nachmittags versuchte ein Schuhmacher auf der Kaiser Wilhelmstraße einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu besteigen, kam aber zu Fall und wurde zwischen den Wagen und den Bordstein gequetscht, wodurch er eine schwere Kopfwunde erlitt. Im israelitischen Krankenhause wurde ihm Hilfe geleistet.

* **Von der Straße.** Ein Aushilfsarbeiter geriet im Hafen mit dem rechten Bein unter eine mit Holzmasseballen beladene eiserne Karre und erlitt einen Beinbruch. Er fand im Allerheiligenhospital Aufnahme. — Ein Zimmergeselle fiel auf der Herdainstraße von einer Mauer und brach den linken Arm. — Am 24. d. M., Vormittags, stürzte auf der Oderstraße ein Pferd, wodurch der Verkehr der Straßenbahn lange Zeit gestört wurde. Erst nachdem dem Pferde Strohschuhe angelegt worden waren, konnte es aufgerichtet werden.

* **Ein starker Gasgeruch** machte sich in der Nacht zum 26. d. Mts. im Keller des Hauses Tiergartenstraße 89 bemerkbar. Um nach der Ursache der Gasausströmung zu forschen, begab sich der Hausbälter Kunke mit einer brennenden Lampe in den Keller. Es erfolgte eine heftige Explosion, durch welche der Mann erhebliche Verletzungen am Kopf erlitt.

* **Weihnachtsbrände.** Am 25. d. Mts. Vormittags gegen 11 Uhr wurde die Feuerwehr gleichzeitig nach Alexanderstraße 5a und nach Moltkestraße, Ecke Matthiasstraße gerufen. Dort hatte es in einer Kammer gebrannt, hier war im Keller eine Kiste mit Holzwolle in Flammen aufgegangen. — Am 26. d. M. wurde die Feuerwehr nach Lohestraße 87 gerufen, wo in einer Wohnung eine Kerze vom Baume auf ein Bett gefallen war und dieses in Brand gesetzt hatte. — In einer Wohnung Bolwerksstr. 76 wurden eine Gardine und zwei Vorhänge durch eine Christbaumkerze in Brand gesetzt. Die Brände waren vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht.

* **Kleine Brände.** In der Wohnung eines Bäckermeisters Mollwitzerstraße 7 geriet am 24. d M., Abends, ein Wäscheschrank auf unermittelte Weise in Brand. — Als sich zwei Kinder eines Tischlergesellen allein in der elterlichen Wohnung Waterloostraße 13 befanden, fielen ihnen Streichhölzer in die Hände und setzten eine Gardine und einen Vorhang in Brand. Die Flammen wurden durch Hausbewohner erstickt.

Ohlau, 27. Dezember. Zur Mordtat bei Günthersdorf wird jetzt gemeldet: In der am Mittwoch früh im Straßengraben der Chaussee Brieg—Strehlen in der Nähe von Günthersdorf ermordet aufgefundenen weiblichen Person ist die Dienstmagd Anna Melzer aus Köchendorf erkannt worden. Der Tod ist durch einen Schnitt durch den Hals herbeigeführt worden. Da sich das von der Ermordeten mitgeführte Geld noch vorfand, so erscheint ein Raubmord ausgeschlossen. Die Leiche war sehr entstellt. Ferner ist bis jetzt folgendes ermittelt worden. An dem Abende ihrer Ermordung wollte die M. ihren Großvater in Günthersdorf besuchen, ist aber bis dorthin nicht gekommen. Gutsbesitzer Seifert aus Hennersdorf kehrte am selben Abend mit Frau und Kindern von einem Begräbnis in Köchendorf zurück. Kurz vor Günthersdorf sprang plötzlich eine Frauensperson, gellende Rufe ausstoßend, aus dem Chausseegraben, gefolgt von einem Manne mit breiter Mütze und Joppe bekleidet. Die M. klammerte sich unter Geschrei an den Wagen, während der Mann sie zurückriß. Gutsbesitzer Seifert glaubte an einen Ueberfall, vermochte die scheu gewordenen Pferde nicht zu halten und fuhr eiligst davon. Des anderen Tages, als er von der Auffindung der Leiche hörte, wurde ihm der Zusammenhang klar. Das bedauernswerte Opfer hatte um Hilfe gegen den Mörder geschrien. Gendarm Halemba-Ohlau besichtigte den Wagen, an dem die Spuren der blutbesudelten Hände der Ermordeten noch deutlich sichtbar waren.

Lüben, 28. Dezember. Ein netter Patron. Wegen gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Waffe und Beleidigung war der Unteroffizier Wilhelm Heppner von der 3. Eskadron Dragoner-Regiments Nr. 4 in Lüben vor dem Kriegsgericht angeklagt. Am 25. September befand sich der Tischler Gustav Nagel mit seiner Familie in Lüben auf dem Heimwege. In der Haynauerstraße holte sie der Unteroffizier H. ein, der aus einer geringfügigen Ursache mit N. und dessen Sohne in Streit geriet. Ohne Veranlassung zog H. den Säbel und versetzte sowohl der Frau N. als auch dem Sohne N. einige scharfe und flache Hiebe über den Kopf und den Arm. Dabei beleidigte H. auch die Familie N. Das Urteil lautete wegen der Körperverletzung auf vier Monate Gefängnis, wegen der Beleidigung auf 20 Mark Geldstrafe und Befugnis der Publikation des Urteils seitens der Beleidigten.

Liegnitz, 27. Dezember. Eines Sittlichkeitsverbrechens mit einem 10jährigen Mädchen hat sich der 13jährige Schulknabe Martin Konrad in Harpendorf schuldig gemacht. Das Landgericht Liegnitz hat ihn aber wegen mangelnder Einsicht freigesprochen und seine Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt angeordnet. Gegen diesen letzteren Teil des Urteils wendete sich die Revision des Vaters des Angeklagten. Von mangelnder Aufsicht könne keine Rede sein. Der Knabe sei gut erzogen. Aus der Tatsache, daß er, der Vater, dem Arbeiterstande angehöre, könne nicht gefolgert werden, daß er es an der Erziehung fehlen lasse, die von ihm erwartet werden könne. Daß die Mutter nicht streng genug sei, sei durch nichts erwiesen. — Das Reichsgericht hob das Urteil, soweit es sich auf die Unterbringung bezieht, auf und verwies die Sache insoweit an das Landgericht zurück.

Görlitz, 27. Dezember. Ein Mord! Der Vizefeldwebel Bernhardt vom 19. Infanterie-Regiment in Görlitz, der bereits früher seiner ehemaligen Braut, jetzige verehelichte Böttcher, nachstellte, von der Polizei aber in dem Bestreben eines Verbrechens verhindert wurde, erfuhr, daß sich Frau Böttcher in Mühlheim am Rhein bei ihren Eltern aufhält. Er suchte sie am Weihnachtsabend in Mühlheim auf, begleitete sie über die Schiffsbrücke zu einer einsamen Stelle und ermordete sie. Bernhardt besuchte darauf den Ehegatten der Ermordeten und ließ sich von diesem (!) zu dem Berliner Nachtzug begleiten. Bisher fehlt jede Spur von dem Mörder, der auch gedroht hatte, die Kinder der Ermordeten zu töten.

Kattowitz, 27. Dezember. Lehrlingsausbeutung. Zu Tode verunglückt ist am Donnerstag Nachmittag der Lehrling Franz Niewiem aus Zabrze. Er war auf der Rüttgersschen Fabrik bei der Montierung eines Reservoirs (!) beschäftigt, wobei er vom Gerüst stürzte und bald darauf verstarb. Der Behälter wird von der Donnersmarckhütte monteiert, bei welcher der Verunglückte als Lehrling beschäftigt war.

Aus der Provinz Posen.

* **Preußische erstklassige Beamte im Osten.** Graf Bülow war es der vor einigen Jahren im Landtag erklärte, es würden in die Ostmarken nur erstklassige, den schwierigen Verhältnissen gewachsene Beamte entsendet. Eine hübsche Illustration hierzu bot die Gerichtsverhandlung, die vor dem Posener Schöffengericht stattfand: Angeklagt war der Regierungsreferendar Ulrici wegen Beleidigung, und zwar aus folgendem Sachverhalt: Herr Ulrici war im Sommer d. Js. von der Regierung zu Posen nach Schroda entsandt, um die dort vakante Bürgermeister-Stelle kommissarisch zu verwalten. Eines Tages entbot der neue stellvertretende Bürgermeister und Polizeiverwalter den Polizeisergeanten Lewandowski zu sich ins Rathaus, um ihn darüber zur Rede zu stellen, daß er am Abend zuvor bei einem kleinen Auflauf nicht eingegriffen habe. Lewandowski entschuldigte sich damit, daß er gerade mit den Herren Holzbock und Gramse (zwei achtbaren jüdischen Schrodaer Kaufleuten) gesprochen und daher den Auflauf nicht bemerkt habe. Hierauf entgegnete Herr Ulrici seinem Untergebenen: **„Ach, was haben Sie mit den stinkigen Juden zu sprechen."** Das Schöffengericht verurteilte Herrn Ulrici zu — zwanzig Mark Geldstrafe. (!) — „Das Urteil des Gerichts ist," so schreiben die „Pos. N. Nachr.", „sehr milde ausgefallen, in Zukunft sollten aber die Behörden doch für die erforderliche Instruktion ihrer Referendarien sorgen, ehe sie ihnen Aemter anvertrauen, welche zum mindesten mehr politische Routine erfordern."

Wie naiv! Als wenn nicht gerade die hier dokumentierte preußische „Schneidigkeit" denen um Bülow besonders anspräche! Unwillkürlich wird sich Bülow jenes glorreichen Tages erinnern, da er im Reichstage sein antisemitisches Herz entdeckte. Ulrici's Karriere ist also nicht im mindesten gefährdet.

* **Russische Flüchtlinge.** Am 2. Weihnachtsfeiertage versuchten zwei Männer aus der russischen Grenzstadt Kalisch, die zum Kriege ausgehoben waren, durch die Prosna nach Preußen zu entkommen. Zwei von den Männern gelang die Flucht, während der dritte im Flusse ertrank.

Posen, 28. Dezember. Eine Weihnachtsfeier nebst Bescherung für die Kinder arbeitsloser respektive erkrankter organisierter Arbeiter wurde vom Kartell arrangiert und am 2. Feiertage bei Sommer in Jersitz abgehalten. Es wurden 70 Kinder beschenkt, die in der Hauptsache fast durchweg Kleider und Schuhwerk, aber auch Konfekt und sonstiges erhielten. An diese Feier schloß sich ein Tanzkränzchen, welches die Familien bis zum Morgen zusammenhielt.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Beim Ausklopfen von Kesselstein in einem Kessel der Buschschen Wollspinnerei in **Grünberg** wurde der Arbeiter Hamel, Vater von 8 Kindern, vermutlich durch den elektrischen Strom, getötet. H. hatte zum Zwecke der Beleuchtung des Kesselhohlraumes eine elektrische Leitungsschnur mit einer Glühbirne in der Hand. — Von einem Zuge der Kleinbahn **Janer-Maltsch** wurde die vom Markte heimkehrende Witwe Kober aus Grünowitz, auf der Lobriser Chaussee mit ihrem Wagen, auf welchem außer dem Kutscher auch noch ihre Tochter saß, erfaßt. Der Wagen wurde zur Seite geschleudert und zum Teil zertrümmert, während die Insassen, abgesehen von einigen Hautabschürfungen, mit dem Schrecken davon kamen. — Aus **Nikolai OS.** wird berichtet: Seit längerer Zeit wurden hier und in umliegender Gegend falsche Geldstücke im Umlauf gesetzt. Man vermutete, daß die Falschmünzer im Zentrum des Industriebezirks ihren Sitz hätten. Vor einigen Tagen nun wurde der im Alter von etwa 50 Jahren stehende Hundefänger Grychtol, der in dem städtischen Anteil „Neu-Amerika" wohnt, dabei betroffen, als er in einem Geschäft ein falsches Zweimarkstück verausgaben wollte. Die angestellten Ermittelungen ergaben, daß derselbe mehrere schwer vorbestrafte Individuen bei sich beherbergte, die mit seinem Einverständnis die Falschmünzerei betrieben. Gleichzeitig stellte es sich heraus, daß Grychtol mit seinen Komplizen der Verübung der seit vielen Wochen mit großem Raffinement ausgeführten Einbrüche stark verdächtig ist. Grychtol und ein Helfershelfer wurden verhaftet, desgleichen die Ehefrau des Hundefängers wegen Mitwissenschaft. — Infolge Spielens mit Streichhölzern entzündeten sich die Kleider eines 4jährigen Mädchens in **Heinzendorf**. Da die Hilfe zu spät kam, ist das Kind den schrecklichen Wunden erlegen. — Eine 17jährige Arbeiterin aus **Godzintow** bei Schildberg hat ihr neugeborenes Kind im Godzinkower Walde lebend vergraben. Das Mädchen wurde verhaftet und ins Gefängnis nach Ostrowo gebracht. — Ein Unglücksfall hat sich am ersten Weihnachtsfeiertage in **Tillendorf** bei Bunzlau ereignet. Dort hatte sich die Ehefrau des Arbeiters Werner zur Linderung ihrer Zahnschmerzen ein Mittel aus der Apotheke geholt und auf den Tisch gestellt. In einem unbewachten Augenblicke ergriff ihr vierjähriges Töchterchen die Flasche und trank einen Teil des Inhaltes aus. Aerztliche Hilfe vermochte das Kind nicht zu retten, es starb nach kurzer Zeit. — Seine Schwester ermordet hat in dem Dorfe **Jgnacow**, Kreis Schildberg, der Wirt Feige. Das „Schildberger Kreisblatt" berichtet darüber: Der Wirt Andreas Feige holte am Mittwoch aus dem Nachbardorfe seine Schwester, um seiner Frau waschen zu helfen. In der Nacht stand plötzlich Feige auf und ermordete, ohne daß eine Veranlassung vorlag, seine Schwester. Hierauf sollte das gleiche Schicksal seine Frau treffen. Schon hatte er sie auf das Bett geworfen und ihren Hals fest umklammert, um sie zu erdrosseln, als plötzlich der von Nachbarleuten herbeigeholte Gendarm Penker in Begleitung des Distriktsboten aus Kabylagora erschien, die das zweite Opfer befreiten. Nach der Ursache seiner schrecklichen Tat befragt, gab Feige solche konfuse Antworten, daß anzunehmen ist, daß er den Mord in plötzlich ausgebrochenem Wahnsinn verübt hat. Willig folgte der Mörder dem Gendarmen nach Kabylagora und von da nach Schildberg, wo er dem Amtsgericht eingeliefert wurde. — In einem Neubau in **Wilda**, der vor kurzem eingestellt worden ist, hing seit einigen Tagen ein Plakat mit der offenherzigen Inschrift: „Wegen Geldmangels ist der Bau eingestellt". Das Plakat ist jetzt wieder entfernt worden. — Ein Tischler, in der Kleinen Gerberstraße in **Posen** wohnhaft, der wegen fortgesetzter Mißhandlung seiner Familie verhaftet werden sollte, trank mit Wasser verdünnte Salzsäure und brach bewußtlos zusammen. Er wurde sofort nach dem städtischen Krankenhause überführt, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt. — Der Erste Staatsanwalt am Landgericht **Liegnitz** erläßt folgenden Steckbrief: „Am 19. Dezember um 7 Uhr Abends wurde der Krämer Ernst Scholz in Dürschwitz, Kreis Liegnitz, in seinem Laden von einem Arbeiter überfallen und niedergeschlagen. Der unbekannte Täter hatte es offenbar auf eine Beraubung der Ladenkasse abgesehen. Derselbe ist 27—32 Jahre alt, von mittelgroßer untersetzter Statur, hat kleinen, dunkelblonden Schnurrbart, dunkelblondes Haupthaar, tückischen Blick, trägt braunes Jackett, braune oder graue Hose, grauen Hut und spricht gebrochen Deutsch mit polnischer Betonung. Vermutlich hat er einen Genossen gehabt. Es wird ersucht, auf die Täter zu fahnden und sie im Ergreifungsfalle dem nächsten Amtsgericht vorzuführen." In die Oeffentlichkeit war bisher von diesem räuberischen Ueberfall nichts gedrungen. — Der 8 Jahre alte Sohn des Kolporteurs Hennemann in **Königshütte** starb am Sonnabend Nachmittag, anscheinend nach Genuß frischgebackenen Kuchens. — Montag Nacht um 11 Uhr brach in der Scheuer des Trentlerschen Gehöfts in **Kunzendorf** auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer aus, welches in kurzer Zeit die Scheuer und das daneben liegende Stallgebäude einäscherte. Der Besitzer ist gut versichert.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Messergasse 18/19. — Sprechstunden von 11—1 und 5½—7½ Uhr
Kassierer Karl Fläschel, Grünstraße 14/16.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 28. Dezember:
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 29. Dezember:
Maler, Lackirer und Anstreicher. Abends 8 Uhr: Zahlabend. Zimmer Nr. 2.

Sonntag, den 1. Januar (Neujahrstag):
Sozialdemokratischer Verein. 15. Stiftungsfest im großen Saale.

Donnerstag, den 5. Januar.
Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Reichhaltige Tagesordnung. Zimmer Nr. 3 u. 4.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt VII (Innere Stadt).

Die Bezirksführer werden ersucht, sämtliche Mitgliedsbücher bis zur Abrechnung am 13. Januar einzuziehen.

Der Distriktsführer.

Schweidnitz. **Freie Turnerschaft.** Turnabende jeden Dienstag und Freitag, Abends 8 Uhr. Freunde der Turnsache sind stets willkommen. Der Vorstand.

Striegau. **Gesangverein Vorwärts.** Jeden Freitag: Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Peterswaldau. **Freie Turnerschaft.** Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8 Uhr ab, Turnstunden im Bruchmannschen Restaurant. Auch werden in jeder Turnstunde Mitglieder aufgenommen und sind Freunde der Turnsache stets willkommen. Der Vorstand.

Grünberg. **Arbeiter-Gesang-Verein.** Jeden Freitag Abends 8½ Uhr: Uebungsstunde im „Braunen Hirsch".

Neisse. **Kasino-Verein** Sonnabend, den 31. Dezember: Generalversammlung. Nachher Sylvester-Feier. Der Vorstand.

Sonntag, den 1. Januar 1905 (Neujahrstag)

15. Stiftungs-Fest

des

sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend

im „Gewerkschaftshause", Margarethenstraße Nr. 17

bestehend in

Konzert, Gesang, Rezitation, lebende Bilder und Ball.

Entree pro Person 30 Pfg. — Tanzschleife 30 Pfg. — Anfang 4 Uhr.

Festprogramme und Festschrift erhält jeder Besucher am Saaleingang gratis. **Der Vorstand.**

Durch

Feuer, Rauch, Wasser,

beschädigte und andere Waren werden, solange der Vorrat reicht, zu billigsten Preisen verkauft

bei

Gebr. Taterka, Breslau, Ring 52

in den früheren Gebr. Barasch'schen Räumen 2535

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Garderobe.

Stadt-Theater.

Mittwoch nachmittag 3½ Uhr:
„Der geficelte Kater."
Mittwoch abend 7½ Uhr:
„Carmen."
Donnerstag nachmittag 3½ Uhr:
„Der geficelte Kater."
Donnerstag abend 7½ Uhr:
„Tannhäuser."

Lobe-Theater.

Mittwoch:
„Der Raßelbinder."
Donnerstag:
„Traumland."

Thalia-Theater.

Mittwoch nachmittag 4 Uhr:
„Waldweihnacht."
Donnerstag
„Waldweihnacht."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Mittwoch abend 7½ Uhr:
Preise E. 4. Vorstellung:
„Frauenkampf."

Naturgetreuer Zahnersatz

10 Jahre Garantie. mit Absolut schmerzlose Behandlung.

Max Bernstein

Nr. 48, Ohlauerstraße Nr. 48.

Gebr. Möbel

sowie Betten u. Herrengarb. billigst.
F. Guttentag, Stockg 28. [2228

Gratulations-Karten

mit Bildnissen von
Marx — Engels
Lassalle — Liebknecht
Bebel — Singer
zum Preise von
20, 25, 30 und 35 Pf.
Durch die Expedition u. Kolporteure erhältlich.

Zeltgarten.

Dir. H. Krainsik.

Heute

Gala-Künstler-Vorstellung

mit neuem Programm
12 Attraktionen u. a.

Mstr. Langslow

Kunstschütze
auf dem Drahtseil.

Entree 30 Pfg.
Reservirt 50 Pf.
Sonnabend, den 31. Dez.
Sylvester-Ball.

Konzerthaus „Flora",

Dir.: H. Krainsik.
Neuestes. Allerneuestes.
Heute:

Rosenfest

bei den
Wiener Wäschermadeln.
!Vergnügtlich!
Das Etablissement ist dem Feste entsprechend prachtvoll dekoriert.
2 neue Kapellen.
I. Wiener Damenorchester.
II. Dachauer Bauern.
Bedienung im Kostüm.
Wäschermädln!
Entree frei!

Billiger als überall!

Schränke, Vertikows, Spiegel, Divans, Chaiselongues, Bordsofas und Garnituren, einfache u. elegante Bettstellen mit Matratzen, Küchenmöbel, Stühle, Regulatoren etc. eventl. auch auf Teilzahlung sehr billig. 2317

H. Gerstel,

gerichtl. beeid. Taxator.
Nur! Oderstraße 22. Nur!

Buchhandlung Volkswacht.

Der gesunde und der kranke Mensch v. König, 70 Hefte à	0.15
Der Leipziger Hochverratsprozeß, 20 Hefte à	0.20
oder 72 Hefte à	0.50

Möbel!

Anzüge, Paletots, Kostüme, Jacketts, Kragen, Kinderwagen, Sportwagen, Näh- und Wringmaschinen

Auf Kredit!

bei wöchentlicher Abzahlung von 1 Mk. an
bei 2567

S. Osswald

Schuhbrücke 74, I. u. II.
gegenüber der Magdalenenkirche.
Kredit auch nach auswärts.
Katalog gratis u. franko.

Palmengarten

Dir.: H. Krainsik.

Heute:

Doppel-Konzert

ausgeführt vom
Dinen-Trompeter-Korps
und der
Tyroler Gesellschaft.
Entree frei.
Sonnabend, d. 31. Dezember:
Sylvester-Ball.

Sozialdemokratisches Liederbuch

von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Der Neue Welt-Kalender für 1905

Preis 40 Pfennige.

Das **Protokoll** vom

Bremer Parteitage

ist erschienen.
Dasselbe kostet **broschiert 0,70 Mk.,**
gebunden 1,00 Mk.
Durch die Expedition und Kolporteure erhältlich.

Zur Jahreswende erscheint eine illustrierte Zeitung
unter dem Titel

„Hau mich aus!"

Mehr wie irgend eine andere Klasse hat das Proletariat ein Anrecht, die Bürde seines Daseins gelegentlich in freiem, losgebundenen Lachen zu erleichtern. Aber das Lachen ist nicht das satte, gerechtlose, schwammige Grinsen derer, die nicht Not kennen, und für die Witz und Humor nur als verdauungsförderndes Hausmittel eingenommen wird. — Auch das Lachen des Proletariats ist Kampf, seine Freude Wirken, sein Karneval trotzige Empörung. Im Gelächter schwingt es die Geißel.

Sylvester sucht alle Welt die Zukunft im Kleinen zu erfassen. Unsere Sylvester-Zeitung strebt Höheres und Bedeutsameres an. Die Sozialdemokratie hat zu Ehren der Kommune zwischen den Jahren sich dem edlen Kunstwaidwerk des „Denkmalens" ergeben. Unsere Zeitung hat ein ganz neues Mittel erfunden, wonach jeder die Zeitereignisse unmittelbar zu bedenkmalen vermag. Das Blatt gibt auch sogleich eine reiche Anzahl von Denkmalsmodellen nach dem neuen Verfahren — eine förmliche Denkmalsstrecke der Ruhmestaten des abgelaufenen Jahres, ein vorausgeahntes Universal-Denkmal für 1904 und ein Siegesallee-Monument der Zukunft.

In Marmor ausgehauen, gleiten die politischen Ereignisse des vergangenen Jahres und der Zukunft an unserm Auge vorüber.

Der Preis für die Nummer ist 10 Pfennige.
Bestellungen erbitten wir bei unseren Kolporteuren zu machen.

Buchhandlung „Volkswacht", Breslau.